

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Kriegsziel: Errichtung eines Protektorats und Neuordnung des Nahen Ostens

■ **Kein Ausweg soll dem Irak bleiben**

Seite 3

Rot-roter Senat Berlin

■ **Versuchte Tarifflicht**

Seite 6

■ **Kommunales Wirtschaften in der Rezession**

Seite 12-15

■ **Global Player DaimlerChrysler stößt an Grenzen**

Seite 16

Erneut aktuell:

■ **Kritische Wissenschaft**

Seite 19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

ARMUT. Die Armut in der Bundesrepublik hat im vergangenen Jahrzehnt zugenommen. Westdeutsche und Ostdeutsche seien dabei gleichermaßen betroffen, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) am 22. Januar in Berlin berichtete. So betrug der Anteil der armen Personen im Jahr 2000 in den alten Ländern 13,0 Prozent. Er war damit ebenso hoch wie der bundesweite Durchschnitt. In den neuen Ländern waren es 13,2 Prozent.

Als arm stuft das DIW Personen ein, deren Einkommen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen bundesweiten Haushaltsnettoeinkommens je Einwohner ausmacht. Diese Tendenz sei in etwa bereits seit dem Beginn der Untersuchungen im Jahr 1992 zu beobachten, stellt das DIW fest. So habe die Armutsquote damals in Ostdeutschland 11,0 Prozent, in Westdeutschland 10,3 Prozent und bundesweit 10,5 Prozent betragen.

In beiden Teilen Deutschlands sei etwa jedem Zweiten, der im Untersuchungszeitraum unter die Armutsgrenze rutschte, die Rückkehr in bessere Einkommensverhältnisse gelungen. Allerdings waren im Osten 8,8 Prozent und im Westen 12,8 Prozent mehrere Jahre arm. 1,1 Prozent in den neuen Ländern und 1,8 Prozent in den alten Ländern blieben es auf Dauer.

Berücksichtige man das unterschiedliche Einkommensniveau in Ost und West und legt die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen je Einwohner getrennt in den alten und in den neuen Ländern zu Grunde, sind der Studie zufolge die Westdeutschen sogar stärker als die Ostdeutschen von Armut betroffen. Die Armutsquote belief sich dann im Jahr 2000 in den neuen Ländern auf 7,3 Prozent, während sie in den alten Ländern mit 14,4 Prozent etwa doppelt so hoch war.

LÄNDERFUSIONEN. Verschiedene Politiker haben wieder einmal eine drastische Reduktion von Bundesländern gefordert. Begonnen hatte die Baden-Württemberger Walter Döring (FDP, Wirtschaftsminister) und Wolfgang Schäuble (CDU); weitergemacht hat dann der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck (SPD), der einen Anschluss des Saarlandes wünscht. Auffällig ist, dass sich vor allem solche melden, die schon länger eine stärkere Konkurrenz der Länder untereinander fordern und die grundgesetzlich geforderte Angleichung der Lebensverhältnisse am liebsten abschaffen würden. Eine rationale Diskussion, wo in dem einen oder anderen Fall vielleicht eine Länderneugliederung sinnvoll wäre, ist das nicht. Im Falle Baden-Württembergs sind die Hinweise darauf, dass mit einer Länderneugliederung auch Bürokratie, Parlamentarismus und was nicht alles einzusparen sei, direkt scheinheilig: Die Landesregierung hat gerade Forderungen von

Grünen und auch der SPD, die Verwaltung Baden-Württembergs neu zu organisieren, abgelehnt. Die Opposition hatte gefordert, durch Abschaffung der Regierungspräsidien und der Landkreise zugunsten von Regionalkreisen (jeweils etwa eine Million Einwohner) die Verwaltung schlanker und bürgernäher zu machen. Die Diskussionen werden aber bestimmt weitergehen; die Neufassung der Kommunal- und damit zwangsläufig auch der Länderfinanzen steht auf der Tagesordnung.

EU-MENSCHENRECHTE. Zum am 15.1. vom Europaparlament Bericht zur Lage der Grundrechte in der Europäischen Union erklärt die PDS-Europaabgeordnete Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des Europäischen Konvents:

Der heute mit äußerst knapper Mehrheit verabschiedete Swiebel-Bericht, den ich und die PDS-Gruppe im Europaparlament unterstützt haben, ist ein äußerst wichtiges und verdienstvolles Dokument. Der Bericht stellt zahlreiche gravierende Grundrechtsverletzungen in den Mitgliedstaaten der EU fest und fordert deren Beseitigung. Angesichts der Schwere der dokumentierten Grundrechtsverletzungen ist die ablehnende Haltung der Fraktion der konservativen Europäischen Volkspartei, der neben Silvio Berlusconi rechtslastiger Forza Italia auch CDU und CSU angehören, gegenüber dem Bericht absolut unverständlich. Der Bericht, den die Konservativen kurzerhand als „unnützlich“ und „demagogisch“ abtun, spricht nicht nur von „Missständen auf Polizeidienststellen und in Gefängnissen in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten“ sowie von rechtswidrigen kollektiven Ausweisungen von Flüchtlingen. Er kritisiert auch die fortlaufende Behinderung des freien Personenverkehrs anlässlich von Demonstrationen und zeigt sich ernstlich besorgt über das „Klima der Straflosigkeit“ in zahlreichen EU-Ländern, in denen „Fehlverhalten und Gewaltmissbrauch durch Polizei- und Gefängnispersonal vor allem gegen Asylsuchende, Flüchtlinge und Angehörige ethnischer Minderheiten nicht mit angemessenen Strafen geahndet wird“. Nicht zuletzt kritisiert der Bericht energisch Grundrechtseinschränkungen, wie sie in vielen Ländern der EU im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung einhergehen.

Der Swiebel-Bericht muss umgehende Konsequenzen nach sich ziehen. Es kann nicht angehen, dass die Grund- und Menschenrechte nur zur Messlatte gegenüber den EU-Beitrittskandidaten gemacht bzw. in aller Welt eingefordert werden, ihre Verletzung in den Mitgliedstaaten selbst jedoch außen vor bleibt. Von daher ist es zwingend geboten, die Grundrechtcharta in allen ihren Teilen in die künftige europäische Verfassung aufzunehmen und sie damit recht verbindlich zu machen. Menschenrechte sind unteilbar – auch innerhalb der EU.

Kein Ausweg soll dem Irak bleiben

Am 27. Januar legten die UN-Chefinspektoren Blix und Baradei ihren Waffenbericht vor. Darin sprechen sie sich für eine nicht befristete Verlängerung der Arbeit von IAEA und UNMOVIC aus. Während Baradei auf die erzielten Fortschritte bei den Inspektionen abhebt, betont Blix stärker Versäumnisse und Unterlassungen der irakischen Regierung. Dabei beziehen sich seine Vorwürfe weniger auf tatsächliche Funde – die aufgefundenen wenigen Raketen und 3000 Dokumentenseiten alter Rüstungsprogramme in einer Privatwohnung sind als Beweise für aktuelle Rüstungsprogramme auch nicht geeignet –, sondern auf Zweifel und Vermutungen über den Verbleib von nicht eindeutig nachgewiesenen Kampfstoffen. So sagte Blix etwa bezüglich des Milzbranderreger Anthrax: „Der Irak hat erklärt, dass er rund 8.500 Liter dieses biologischen Kampfstoffes produziert hat. Nach seinen Angaben hat er sie von sich aus im Sommer 1991 vernichtet. Der Irak hat wenig Beweise für diese Produktion und keine überzeugenden Beweise für ihre Zerstörung vorgelegt. Es gibt deutliche Hinweise, dass der Irak mehr Anthrax hergestellt hat, als er zugibt.“

Nach den Aussagen beider Chefinspekteure haben die ersten 60 Tage unter keinen Umständen ausgereicht, alle gewünschten Informationen über den Stand der Entwaffnung des Irak zu erhalten bzw. heranzuschaffen. Blix verwies unter Bezugnahme auf eine ältere UN-Resolution darauf, dass die Inspektoren erst ihre „Einarbeitung“ hinter sich hätten und noch Wochen bis zur Erreichung ihrer „vollen Operationsfähigkeit“ vor sich hätten. Erst mit seinem nächsten Bericht, der für den 25. März vorgesehen ist, sollte Blix das detaillierte Arbeitsprogramm der Inspektoren vorlegen.¹

Die US-Regierung schert sich um den bisherigen Verlauf und das bisherige Ergebnis der UN-Inspektionen kaum. Wenige Tage vor der Veröffentlichung des UN-Berichts legte sie der Öffentlichkeit einen eigenen Bericht über angebliche Verstöße des Irak gegen die Abrüstungsverpflichtungen vor. Den gravierenden Verstoß sieht sie in den zahlreichen „Lücken“ der irakischen Rüstungsdeklaration, z.B. listet sie auf: „Keine Erklärung über versuchte Uran-Importe“. Nun verhält es sich damit so: Der Vorwurf stützt sich ausschließlich auf für Dritte nicht überprüfbare „nachrichtendienstliche Informationen“.² Kann man wirklich ausschließen, dass der Irak die „Lücke“ gar nicht schließen kann, weil es sie gar nicht gibt?

Bush hat in seiner Regierungserklärung vom 29.1. angekündigt – wie schon

oft zuvor –, die USA würden dem UN-Sicherheitsrat „Beweise“ für die Waffenprogramme des Irak vorlegen, und zwar am nächsten Mittwoch. Warum erst am nächsten Mittwoch und nicht schon vor Aufnahme der Inspektionen, wo die „Beweise“, gäbe es sie denn, die Abrüstung nach sich gezogen, nicht aber den Vorwand für militärische Gewalt geboten hätten?

Welcher Art die „Beweise“ sein werden, die die USA dem Sicherheitsrat präsentieren, darüber kann man im Moment nur spekulieren. Es drängt sich die Überlegung auf, dass es um „Beweise“ gehen wird, die die USA und ihre Verbündeten ihren Zielen näher bringt. Ziel der US-Alliierten ist nicht der Krieg gegen den Irak. Auch die USA wollen nicht den Krieg um des Krieges willen, sondern um die Durchsetzung von Zielen. Ziel ist die Zerschlagung der staatlichen Souveränität der Irak, seine Vernichtung als Regionalmacht, seine Verwandlung in ein Protektorat, Ziel ist die Neuordnung des gesamten Nahen bzw. Mittleren Ostens. Darüber gibt es im Übrigen im westlichen Bündnis keinen Dissens. Es wird also mit einiger Wahrscheinlichkeit um „Beweise“ gehen, die die Inspektoren mit ihrer gegenwärtigen Stärke und Ausrüstung nicht mehr verifizieren können, die den Einsatz militärischer Mittel erfordern von der Aufklärung bis hin zu militärisch geschützten festen Beobachtungsposten und zu „Schutztruppen“, die den Inspektoren den Zugang zu jedem Ort erzwingen können³, um „Beweise“ also, die eine schleichende Invasion, die Destabilisierung des Irak und Zug um Zug seine Besetzung legitimieren sollen.

Die US-Regierung will die Vorlage der „Beweise“



Hunderttausende demonstrierten am 18.1. in aller Welt. Bilder von oben nach unten: Washington, San Francisco, Tokio, Brüssel. Bilder: indymedia

mit einem allerletzten Ultimatum verbinden. Sie treibt, ebenso wie die britische Regierung, den Aufmarsch in der Region voran. Die US-Streitmacht wächst in diesen Tagen auf rund 180.000 Soldaten an. Großbritannien, das 38.000 Soldaten entsenden will, ca. ein Fünftel der aktiven britischen Armee und jeden zweiten seiner in Deutschland stationierten Soldaten, rechnet damit, ebenfalls Ende Februar, spätestens Anfang März voll einsatzfähig zu sein. Das dürfte ungefähr den Zeitraum bezeichnen, in dem der Irak sich entweder dem Ultimatum zu beugen hat und sich einer schleichenden Besatzung ergibt oder aber massive Militärschläge wie die Bombardierung Bagdads auf sich zieht.⁴ So oder so handelt es sich um einen Krieg.

Dass der Irak im Sinne der UN-Resolution noch etwas abzurüsten hat – und zwar: einsatzbereite Massenvernichtungswaffen, nicht einfach vergessene Überreste alter Waffenprogramme, die es sicher noch zu finden gibt –, wird zwar von den USA und ihren Verbündeten behauptet, wurde aber bisher nicht verifiziert.⁵ Das Kalkül, das im Vorgehen der US-Regierung zu erkennen ist, besteht darin, dem Irak keinen Ausweg zu lassen, und zwar auch unter der Bedingung, dass der Irak eben nichts mehr abzurüsten hat.

Die Neuordnung des Nahen bzw. Mittleren Ostens

Die Zukunft des Irak als souveräner Staat ist bedroht. Von den öffentlich diskutierten Plänen der Bush-Administration, auf lange Jahre ein Militärprotektorat zu errichten, haben wir vor einigen Ausgaben berichtet. Die Debatte in den USA zieht die Teilung des Irak immerhin in Betracht und damit neue Konfliktherde. Doch auch wenn der Irak nicht geteilt wird, betreffen die Folgen dieser imperialistischen Strategie nicht nur unmittelbar den Irak, sondern unvermeidlich die gesamte Region.

Auch der letzte Golfkrieg 1990/91 führte zu einschneidenden Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten. Der Einfluss der USA nahm damals enorm zu. In der Vorbereitung des Krieges hatten sie Truppen nach Saudi-Arabien entsandt, die seither dort stationiert sind und den Zugriff der USA auf die weltgrößten Erdölressourcen sichern. Mit dem jetzigen Krieg hätten sie ihre Präsenz auf den Irak ausgedehnt. Nach dem letzten Golfkrieg haben die arabischen Staaten und hat die PLO das Existenzrecht Israels anerkannt. Das war längst überfällig. Aber der damals eingeleitete Prozess hat nicht zu einem gerechten Frieden zwischen Israel und den Palästinensern geführt (ebenso wenig wie zu einem Frieden z.B. mit Syrien), sondern zu einem neuen blutigen Bürgerkrieg ohne Aussicht auf eine friedliche Beendigung. Der überwältigende Sieg der politischen Rechten bei den israelischen Wahlen zeigt, dass die israelische Bevölkerung die Bomben, die

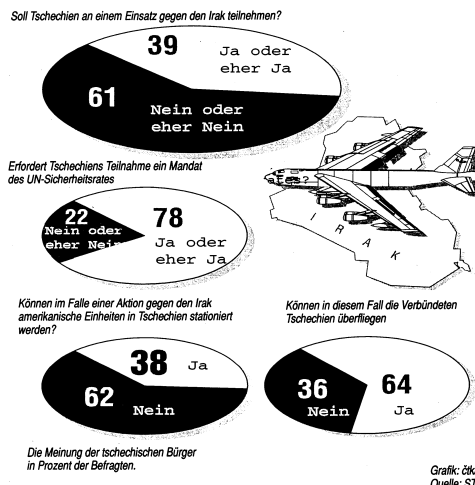
Große Mehrheit der Tschechen gegen Kriegsteilnahme

„Wenn Sie Europa meinen, dann denken Sie an Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Ich denken, das ist das ‚alte Europa‘. Wenn Sie aber das heutige gesamte Europa der NATO anschauen, dann verlagert sich der Schwerpunkt nach Osten. (...) Sehen Sie sich die riesige Zahl anderer Länder in Europa an. Sie sind nicht auf der Seite

Frankreichs und Deutschlands in dieser Sache, sie stehen auf der Seite der Vereinigten Staaten.“

Mit „Sache“ meinte US-Kriegsminister Donald Rumsfeld den Krieg gegen Irak. Und zu der „riesigen Zahl anderer Länder“ zählt er mit Sicherheit die Tschechische Republik. Deren Spitzenpolitiker – Präsident Havel, Premier Spidla und Verteidigungsminister Tvrdík – hatten den USA schon beim Nato-Gipfel im November weitreichende Zusagen gemacht. Jetzt fassten die Regierung und die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten die entsprechenden Beschlüsse für die Teilnahme am Krieg. Hundert zusätzliche ABC-Experten wurden bereits nach Kuwait entsandt, um die dort stationierte 250-köpfige tschechische ABC-Waffen-Spezialeinheit aufzustocken.

Die Bevölkerung ist mit großer Mehrheit gegen die Beteiligung am Krieg. Das geht aus den Ergebnissen einer STEM-Umfrage hervor, die in der nebenstehenden Grafik (aus der Prager Zeitung) dargestellt sind. Aus: DTN Nr. 46, 28.1.03



Saddam Hussein im ersten Golfkrieg auf Israel feuern ließ, nicht vergessen hat und sich auf israelische Beteiligung Israels am Krieg einstellt. Er muss aber auch als Signal dafür verstanden, dass Israel im Schatten des Krieges gegen den Irak die territorialen Eroberungen im Westjordanland forciert und womöglich die Pläne zur Vertreibung der Palästinenser in die Tat umsetzen und die „Groß-Israel-Lösung“ suchen könnte. Die friedliche Lösung des ohnehin schon komplizierten israelisch-palästinensischen Konfliktes wird durch den Krieg gegen den Irak noch unendlich viel schwerer zu erreichen sein. Das Nachbarland Jordanien befürchtet die Destabilisierung und in der Folge verstärkten Einfluss der USA im Land. Hier wird inzwischen öffentlich über die Option einer Annexion von Gebieten Saudi-Arabiens und des Irak als Kompensation für die Aufnahme weiterer palästinensischer Flüchtlinge diskutiert.⁶ Syrien würde von US-gestützten Regimes bzw. US-Verbündeten eingekreist und isoliert. Der Iran, zweites Land in der „Achse des Bösen“, müsste sich durch ein Militärprotektorat an seiner Grenze bedroht fühlen.

Der Spiegel gab in seiner Ausgabe 40/02 Erwägungen wieder, die in den USA angestellt werden und die hier stellvertretend für viele andere ähnliche angeführt werden können: „Ronald Asmus und Kenneth Pollak, zwei Vordenker der Demokraten, befürworten eine langfristige Neuordnung des gesamten Mittleren Osten. Diese Mammutaufgabe könnte

das ‚neue transatlantische Projekt‘ für Europäer und Amerikaner werden ... Der Sturz der irakischen Regierung firmiert auf dieser Neuordnungsagenda nur als eine von mehreren Aufgaben.“

Die BRD und der Irak-Krieg

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit unerwarteter Deutlichkeit erklärt, dass die BRD im UN-Sicherheitsrat militärischer Gewalt nicht zustimmen werde. Mit der Wende gegen den Irak-Krieg war es Rot-Grün im Sommer/Herbst 2002 gelungen, der PDS Wählerinnen und Wähler abzugewinnen und die PDS und damit die einzige Partei, die gegen die Militarisierung der Außenpolitik in Opposition steht, aus dem Bundestag zu drücken. Allgemein hatte man erwartet, dass Rot-Grün nach dem Wahlsieg schnell „umfällt“. Das ist so nicht eingetreten. Folge: Die Kritik an der deutschen Außenpolitik ist weitgehend verstummt, und wo sie geäußert wird, beschränkt sie sich weitestgehend auf die Gewährung von Überflugrechten für die USA, die anhaltende Stationierung der Spürpanzer in Kuwait und den Einsatz von Soldaten bei den AWACS-Flügen. So berechtigt diese Kritik ist: Sie trifft die Rolle, die die BRD spielt, nicht richtig.

Im Ziel der Verwandlung des Irak in ein Protektorat und der Neuordnung des Mittleren Ostens ist sich die rot-grüne Bundesregierung mit den EU-Verbündeten und der US-Regierung weitestgehend einig. Wie hat sich die Bundesregierung nicht in den Vorsitz in dem für die Sank-

tionen zuständigen UN-Irak-Ausschuss gedrängt! Für die Zeit „nach dem Krieg“ will man unbedingt am „Wiederaufbau des Irak“ beteiligt sein, möglichst führend. Auf der Homepage des Außenministeriums liest man: „Die deutsche Wirtschaft kann sich ... auf ausgesprochenen Präferenzen bei den Entscheidungsträgern der irakischen Wirtschaft berufen ... Deutschland wird ... im Irak nicht dem Lager der offenen Gegner (USA und Großbritannien) zugerechnet und eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen wird von irakischer Seite ausdrücklich gewünscht.“ Auch von der „Neuordnung des Nahen Ostens“ spricht der Außenminister gerne.

Natürlich gibt es zwischen den USA und der BRD Konkurrenz über die Aufteilung der Beute. Aber genauso gut und wahrscheinlich zutreffender kann man den mit viel Effekt ausgetragenen öffentlichen Konflikt zwischen der Bush- und der Schröder-Regierung auch anders verstehen: Wenn dem Irak kein Ausweg bleibt als die Unterwerfung, dann erscheint der Weg der Destabilisierung, der schleichenden Invasion und Besatzung als der friedlichere. Die Bundesregierung ist für diesen Weg⁷. Aber das unterscheidet sie nicht von der US-Regierung, die den Irak selbstverständlich lieber ohne die Risiken eines langen, blutigen Krieges besetzen würde. Aber das kann, wenn, überhaupt nur unter der Bedingung des Truppenaufmarsches, der akuten Drohung massiver Militärschläge und der Bereitschaft, sie zu ausführen, „funktionieren“. Deshalb bleibt, solange die BRD sich vom Ziel der Unterwerfung des Irak nicht distanziert, die Kritik an der US-Kriegsplanung bzw. am Krieg gegen den Irak heuchlerisch. scc

Präventivkrieg

Der Truppenaufmarsch am Golf hat nun ein Ausmaß, das den Überfall auf Irak praktisch jederzeit möglich macht. An der Überlegenheit des Aufgebotes der Truppen der USA und Großbritanniens wird nicht gezweifelt. Wo nicht fraglich ist, dass diese Truppen jenen Überfall leisten können, stellt sich die moralische Frage, ob sie nämlich tun sollen, was in ihrer Macht steht, um so schärfer. Auf diese Frage gibt die Deutsche Bischofskonferenz eine Antwort¹, und der Generalinspekteur der Bundeswehr eine entgegengesetzt andere². Die Bischöfe verwerfen ausdrücklich den Präventivkrieg, während Schneiderhan auf dessen Rechtfertigung hinarbeitet.

Die katholische Tradition kennt den „gerechten Krieg“. Dreierlei, sagt Thomas von Aquino, sei erforderlich, „dass ein Krieg gerecht sei“. Erstens, dass der Beschluss zum Krieg nicht etwa von Privatpersonen, sondern von den Staatsoberhäuptern gefasst werde, zweitens dass jene, die bekriegt würden, die Bekriegung wegen einer Schuld verdienten, und drittens schließlich, dass die Absicht der Kriegführenden rechbeschaffen sei, in ihr solle nämlich erstrebt werden, dass Gutes gefördert oder Übles verhütet werde.³

Mit dieser Lehre könnte die Bush-Administration ganz gut leben. Höchstens bei der Absicht könnte man sie packen. Denn das die irakische Diktatur Schuld im moralischen und rechtlichen Sinne auf sich geladen hat, ist nicht fraglich, auch dass die USA diesen Krieg regulär zu führen planen,

Die Stellungnahme der Bischöfe geht über diese traditionelle Lehre hinaus, unter Berufung auf den Papst lassen die Bischöfe als Kriegsgrund nur die akute Notwendigkeit der Abwehr eines Angriffs gelten. Sie nehmen Krieg nur als ein letztes, seiner Natur nach übles Mittel der offenbaren Selbstverteidigung hin und betonen, sich dabei im Einklang mit modernem Völkerrecht zu befinden⁴. Die Bischöfe greifen damit auf Argumentationszusammenhänge und Wertvorstellungen zurück, die in recht unterschiedlichen Kulturen und Religionen Anerkennung gefunden haben.

Anders der General, er versucht den klaren Begriff der Verteidigung mit dem ebenso klaren, davon abgegrenzten Begriff der Prävention, des vorbeugenden Handelns, zusammenzubringen. Schneiderhan greift dazu auf den „Schutz“ zurück. Während im Begriffsbild von Angriff und Verteidigung der Gedanke sofort auf die Frage der Reihenfolge und der Verhältnismäßigkeit der Mittel gelenkt wird, geht es beim Schutz allein um das Subjekt, das sich schützt, und dies mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen. Auf das Schicksal dessen, vor dem man sich

schützt, etwa durch ein Mückengift, kommt es dabei überhaupt nicht an. Die Unverhältnismäßigkeit der Mittel ist in dem Begriff angelegt. Die Nazis nannten die Verfrachtung von Menschen ins KZ Schutzhaft und die SS Schutzstaffel. Der Begriff der Verteidigung lässt automatisch an einen Konflikt zwischen Menschen denken, und dabei ist immer auch die andere Seite zu hören.

Wenn entschieden werden muss, ob Verteidigung vorliegt, ist der Ort wichtig, an dem sich der Konflikt ereignet. Wer in die Sphäre eines anderen eindringt, greift ihn an. Diese „geografische Bindung“⁵ will Schneiderhan aufgeben. Dafür kommt was Neues in den Kampfauftrag: die Ordnung.

Der Begriff kommt aus der Theologie und ist umfassend. Gemeint sind die Beziehungen, in die die Menschen einer Gesellschaft zueinander gestellt sind, und zwar durch die Obrigkeit, die den Schöpfer vertritt. Herr und Knecht, Mann und Weib, Gewissen und Gesetz, Staat und Person, alles wie es nun mal gegeben ist, wie es nach dem Willen des Schöpfers die Kirche zu offenbaren hat und Staatsoberhäupter einzurichten haben. In der Sprache der Moderne kommt der neu erfundene Begriff der „Leitkultur“ der Sache noch am nächsten.

Schneiderhan will, dass die Bundeswehr den Auftrag erhält, die Ordnung in der BRD vor Gefahren, die für diese Ordnung auszumachen sind, zu schützen, und zwar durch Einsatz von Waffen. Scharfes Nachsinnen wird den General ohne Zweifel zu dem Punkt führen, an dem festgestellt werden muss, dass eine Ordnung nur dann geschützt ist, wenn sie gilt, letztlich, wenn sie überall gilt. Kriege, die darauf abzielen, Ordnungen zu stifteln, sind Glaubens- oder Missionskriege.

Wie kommt es zu der seltsamen Situation, dass die Kirchen (denn nicht nur die katholischen Bischöfe in Deutschland sehen es so) auf der säkularen Regulierung von zwischenstaatlichen Konflikten bestehen, während die Armeen Kriege um die Ordnung, d.h. Glaubenskriege, führen wollen?

Der Gründe dafür sind ganz banal. Die christlichen Kirchen haben Mitglieder im Norden und Süden, im Osten und Westen des Erdkreises. Sie sind weltweit gesehen auf die Toleranz oder wenigstens Duldung ihres Wesens durch die Staaten angewiesen. Sie können den Anspruch auf Toleranz nur begründen, wenn sie ihren Geltungsanspruch zurücknehmen. Sie benötigen klare Rechtsverhältnisse, die ein gesellschaftliches Neben- und bis zu einem gewissen Grade also auch Miteinander zulassen, um missionieren zu können. Sie sind gerade aus diesem Grunde gegen die Einkleidung des Krieges als Glaubenskrieg, denn die kriegführenden Staaten werden als christliche Staaten wahrgenommen, und diese Inanspruchnahme wäre für das

1 Nach: Stellungnahme aus der Friedensbewegung zum UN-Waffenbericht, PE des Bundesausschusses Friedensratschlag, www.friedensratschlag.de

2 Auch andere Vorwürfe beruhen ausschließlich auf unüberprüfbar Geheimdienstinformationen, darauf verweist die NZZ am 26.1.

3 Die Forderung nach einer „Schutztruppe“ wird schon lange erhoben, auch in der BRD, so z.B. der Sicherheits-Experte der vom früheren Außenminister Genscher geleiteten Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in einem Interview mit der Münchener Tageszeitung vom 18.9.2002

4 In diesem Zeitraum könnten gegebenenfalls auch die Inspektoren zurückgezogen werden.

5 Der Bundesausschuss Friedensratschlag weist in der erwähnten Stellungnahme darauf hin, dass es in der Geschichte der UNO kein Land von der Größe Iraks gibt, das so gründlich und weitgehend abgerüstet wurde wie der Irak zwischen 1991 und 1998, und dass es kein Beispiel für ähnlich penible Kontrollen des Abrüstungsprozesses gibt, wie sie zur Zeit durchgeführt werden.

6 siehe dazu: Friedrich-Ebert-Stiftung, Brennpunkt Irak, Irak und seine Nachbarstaaten: Jordanien. www.fes.de/brennpunkt

7 U.a. der Einsatz von bis zu 45 Bundeswehrsoldaten im UNO-Auftrag, die das Aufklärungssystem Luna bedienen, das im Irak zum Einsatz kommen soll, zeigt, dass die Bundesregierung sich daran aktiv beteiligt.



kirchliche Geschäft rundum schädlich. So ist begreiflich, dass gerade die Kirchen in der globalen Welt den Religionskrieg scheuen. Deswegen kommen sie auf eine strenge Eingrenzung der erlaubten Selbstverteidigung.

Anders die Generalität. Sie arbeitet an einer Ausweitung des Rechts auf Selbstverteidigung, und zwar in die Richtung des Ordnung-Stiftens. Das hätte zweierlei Vorteile. Einmal für die Moral der Truppe. Die Ordnung, die sie selbst repräsentiert, wird überhöht und gesteigert. Der Soldat weiß, wofür er kämpft, nämlich dafür, dass die Gesamtheit der Normen, nach denen er und seine Lieben leben (sollten), Geltung hat und geschützt wird. Sollte er sterben müssen, stirbt er für das Leben. Zum anderen passt das Ordnung-Stiften auch zum Kriegsziel, dann nämlich, wenn es um die Verwandlung eines wachsenden Teils der Welt in Protektorzonen der Westmächte geht. In einem Militärprotektorat wird die Ordnung durch Befehl und Gehorsam gesetzt. Nach welcher Ordnung sollen sich Befehlshaber und Ausführende dann um Himmels willen richten, wenn nicht nach der, die sie von Haus aus kennen und lieben, die sie nährt? Der Besatzungssoldat ist ohne Sendungsbewusstsein verloren. Er müsste im dem Meer der Ablehnung untergehen, das ihn umspült.

Aus derartigen Gründen ist die Ablehnung des Präventionskrieges durch Bischöfe und Papst wohlbegründet und nicht etwa geheuchelt, ebenso die Vision des bewaffneten Missionszuges einen echten Bedarf modernen Soldatentums ausdrückt.

Die Entzweiung von Kirche und Staat, die sich in diesem Konflikt ahnen lässt, würde jedoch im Falle eines Sieges mindestens relativiert. Sie bezieht sich nämlich nur auf das Mittel des Angriffskrieges, nicht aber gleichermaßen auf das Ziel der Protektoratseinrichtung.⁶ maf

1 www.bdk.de

2 Interview der Woche, 19.1.03, Deutschlandfunk, über hörerservice

3. Thomas von Aquino, Summe der Theologie, Zusammengefasst, eingeleitet und erläutert von Joseph Bernhart, 3. Bd., S. 188, Der Mensch und das Heil, 40. Untersuchung, Der Krieg ff.

4 www.bdk.de „Eine Sicherheitsstrategie, die sich zum vorbeugenden Krieg bekennt, steht im Widerspruch zur katholischen Lehre und zum Völkerrecht. Darauf hat vor wenigen Tagen der HI. Vater selbst mit allem Nachdruck hingewiesen: ‚Wie uns die Charta der Vereinten Nationen und das internationale Recht erinnern, kann man nur dann auf einen Krieg zurückgreifen, wenn es sich um das allerletzte Mittel handelt‘. Ein präventiver Krieg ist eine Aggression, und er kann nicht als gerechter Krieg zur Selbstverteidigung definiert werden. Denn das Recht auf Selbstverteidigung setzt einen tatsächlichen oder einen unmittelbar bevorstehenden Angriff voraus, jedoch nicht nur die Möglichkeit eines Angriffs. Der Krieg zur Gefahrenvorbeugung würde das völkerrechtliche Gewaltverbot aushöhlen, politische Instabilität fördern und letztlich das ganze internationale System der Staatengemeinschaft in seinen Grundfesten erschüttern.“

5 s. Note 2: Ich glaube, man muss in der sicherheitspolitischen Diskussion einige Themen anders anfassen, als man das in der Vergangenheit gemacht hat, weil jetzt doch sichtbar geworden ist, dass das, was im Konzept der NATO von 1999 ja schon angelegt war – Umgang mit Terrorismus, Gefahr durch Terrorismus, Gefahr durch Verbreitung von Waffen, die man als Massenvernichtungsmöglichkeiten bezeichnet in Verbindung mit Terrorismus – dass sich da qualitativ etwas geändert hat. Ich würde es nicht festmachen an der Frage: Präventiv oder nicht? Ich würde es festmachen an der Frage: Die Qualität der Bedrohung hat sich grundsätzlich geändert. Folglich muss sich auch die Gegenreaktion – also der Schutz oder vielleicht die Verteidigung – grundsätzlich einer Überprüfung stellen. Das ist – glaube ich – der Punkt. Und am Ende dieser Diskussion mögen Fragen wie präventiv oder nicht präventiv drin sein. Aber der Einstieg in die neue Diskussion muss sich von der neuen Qualität der Bedrohung her ableiten (...) Das, was wir in Afghanistan tun, das dient auch der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Und von daher abgeleitet kann man auch dazu kommen, zu sagen: Das dient auch der Verteidigung unserer Souveränität, unserer Ordnung und all diese Dinge, die wir bisher in dem Begriff Verteidigung auch untergebracht haben. Die geografische Bindung, die wir bisher haben oder hatten, die hat sich verändert.

6 Protektorat geht auf die lateinische Wurzel

Rot-roter Senat Versuchte Tariffucht

Am 7. Februar werden die Verhandlungsdelegationen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Berlin und des Berliner Senats zu ihrer zweiten Verhandlung über die künftigen Tarife der Arbeiter und Angestellten im Berliner Öffentlichen Dienst zusammenkommen.

Im Oktober letzten Jahres hatte der Senat, nachdem die Gewerkschaften seiner Forderung nach mehrjährigen Lohnsenkungen von ca. 10 bis 15 Prozent nicht nachgekommen waren, die Mitgliedschaft des Landes Berlin in den Arbeitgeberverbänden für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes zum 31. Januar 2003 gekündigt. Alles Gerede von SPD und PDS im Bundestagswahlkampf gegen Tariffucht-Vorstöße der Arbeitgeber und der CDU/CSU war vergessen – Berlins Haushaltslage erfordere eben außerordentliche Maßnahmen, so die zynische Begründung aus dem Senat für diesen bisher bundesweit einmaligen Schritt.

Im Dezember folgten – nach entsprechendem Druck des Senats, vor allem aus der von PDS-Senator Flierl geleiteten Wissenschaftsverwaltung – fast alle Berliner Hochschulen und erklärten auch zum 31.1.2003 ihren Austritt. Nur die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft weigert sich bis heute standhaft, dem Druck des Senats zu folgen.

Als sich dann Anfang Januar abzeichnete, dass der neue bundesweite Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst vor dem 31.1.2003 abgeschlossen sein könnte – was zur Folge gehabt hätte, dass Berlin und die Hochschulen den neuen Tarif noch hätten übernehmen müssen – machte der rot-rote Senat tabula rasa und verwandelte seinen vorzeitigen ordentlichen Austritt aus dem Arbeitgeberverband in der Nacht vom 7. auf den 8. Januar 2003 in einen fristlosen Austritt. Erneut folgten die Berliner Hochschulen und traten am 10. Januar ebenfalls mit sofortiger Wirkung, quasi von einer Stunde zur anderen, aus.

Damit besteht für die Beschäftigten des Landes Berlin und einiger mittelbarer Landesbetriebe seit dem 10. Januar 2003 praktisch tarifloser Zustand. Nur Gewerkschaftsmitglieder haben noch Anspruch auf Fortgeltung der zum Zeitpunkt des Austritts aus dem Arbeitgeberverband geltenden (alten) Tarife.

Die Empörung unter den Beschäftigten ist entsprechend groß. Mehr als 1.500 neue Mitglieder bei der Gewerkschaft ver.di seit Dezember und mehr als 500 neue Mitglieder in der Gewerkschaft der Polizei sind die erste Folge dieser bisher bundesweit einmaligen Tariffucht. „Es wird kalt draußen, kommt hinein“ lautete eine der Parolen bei der Mitgliedergewinnung.

Am 17. Januar fand die erste Verhand-

lungsrunde statt. Die Vertreter des Senats trugen ihre bekannten Forderungen vor:

- Anrechnung der 1994 erfolgten Anhebungen im Tarifgebiet Ost auf einen möglichen Tarifabschluss
- Verzicht auf jede Tarifierhebung bis Ende 2006
- Ab 2007 wieder Teilnahme an den Tarifsteigerungen des Bundes und der anderen Länder, aber auf dem dann abgesenkten Niveau
- Verzicht auf Urlaubsgeld bis 2005
- Kürzung des Weihnachtsgeldes ab Vergütungsgruppe VIb bis 2005
- Zwangsteilzeitarbeit in noch zu „verhandelndem“ Umfang.

Zusammen bedeuten diese Forderungen des Senats eine Senkung der Real-löhne im öffentlichen Dienst Berlins um mindestens 10 Prozent und die Schaffung eines neuen Tarifniveaus, das dauerhaft unter dem im Bund und in den anderen Ländern liegen soll.

Als „Gegenleistung“ bot der Senat an, bis Ende 2006 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen (nicht zu verwechseln mit Planstellenabbau, eine weitere Verringerung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst um erneut 12.000 Personen hatte der rot-rote Senat bereits letztes Jahr als eine seiner ersten Amtshandlungen beschlossen). Sodann soll die (längere) Arbeitszeit der Beschäftigten in Ostberlin stufenweise auf die im Westen geltenden 38,5 Stunden pro Woche verringert werden, die Erhöhung der Pflichtstunden für angestellte Lehrkräfte zurückgenommen werden und ein nicht näher bezifferter „Einstellungskorridor“ für Auszubildende mit einjähriger Übernahme-garantie geschaffen werden.

Die Gewerkschaften lehnen dieses „Angebot“ ab und verlangen die volle Übernahme des bundesweiten Abschlusses im öffentlichen Dienst. Sobald der zwischen Bundesinnenminister Schily, den anderen Ländern und Gemeinden und der Gewerkschaft ver.di ausgehandelte neue Tarifvertrag schriftlich vorliegt, wollen sie deshalb vor Gericht ziehen, um die Rechtmäßigkeit des fristlosen Austritts des Landes aus den Arbeitgeberverbänden zu prüfen. War dieser Schritt rechtswidrig, so ist der Senat ohnehin vorerst gescheitert und müsste den neuen Tarif zahlen.

Sollte der fristlose Aus-

tritt aber zulässig gewesen sein, so gibt es Probleme auf beiden Seiten. Eines der Probleme auf Seiten der Gewerkschaften ist, dass wichtige Bereiche wie die Stadtreinigung (BSR) und die Verkehrsbetriebe (BVG) den Austritt ihrer Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband verhindert haben. Für die Beschäftigten von BSR und BVG gilt damit der neue bundesweite Tarif – und die Friedenspflicht. Streikberechtigt sind im wesentlichen nur die etwa 100.000 Arbeiter und Angestellten im unmittelbaren Landesdienst und in den Bezirken sowie ca. 20.000 Beschäftigte der Hochschulen.

Vollends grotesk wird die Situation, wenn die von Schily angekündigte Übernahme des bundesweiten Abschlusses für die Beamten im Mai oder Juni beschlossen wird. Das gilt dann nämlich auch für alle Beamten in Berlin. Die Professoren an den Universitäten, die Beamten in den Senatsverwaltungen und die meisten Lehrer bekämen so eine höhere Besoldung (in Kraft bliebe aber für die Beamten die vom Senat verhängte Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 42 Stunden), die Arbeiter und Angestellten aber, also Schreibkräf-

te, Fahrdienste, Boten, Sekretärinnen, Gärtner, Küchenpersonal etc. müssten sich weiter mit dem gesamten Lohnsenkungspaket des Senats auseinandersetzen.

Entsprechend geladen ist die Stimmung unter den Beschäftigten. Als Finanzsenator Sarrazin kürzlich auf einer Veranstaltung vor Personalräten auftreten wollte, kam er nur durch eine große Protestkundgebung hinein und drinnen erst nach minutenlangem Pfeifkonzert zu Wort.

Während der Berliner Senat inzwischen bundesweit von allen Gewerkschaftsgegnern für seinen angeblich „mutigen“ Konfrontationskurs gegen die Gewerkschaften gelobt wird und auch bei den anderen Parteien im Abgeordnetenhaus kaum auf Widerstand stößt – nur die CDU/CSU kritisiert ab und an dezent den Austritt aus dem Arbeitgeberverband –, regt sich in SPD und PDS der Widerstand gegen diesen Kurs. Der Arbeitnehmerflügel AfA der Berliner SPD forderte Mitte Januar, den Austritt des Landes aus dem Arbeitgeberverband rückgängig zu machen. Die PDS Bezirksorganisationen Spandau und

Steglitz sowie die AG „Betriebe und Gewerkschaft“ reichten entsprechende Anträge an den nächsten PDS-Landesparteitag am 22./23. Februar ein. Der Austritt aus dem Arbeitgeberverband sei ein Verstoß gegen elementare Grundsätze der PDS und müsse sofort korrigiert werden, heißt es darin.

Dass die betroffenen Arbeiter und Angestellten trotz wochenlangem arbeitgeberfreundlichem Trommelfeuer in der Presse nicht isoliert sind, sondern mit überraschend viel Unterstützung rechnen können, zeigte Ende Januar eine Forsa-Umfrage. Danach lehnen 41 Prozent aller in Berlin Befragten den Ausstieg aus dem Flächentarif ab. 44 Prozent finden sogar einen Streik gegen den Senat richtig.

Auch auf anderen Politikfeldern liegt der Senat im Stimmungsstief. 63 Prozent aller Befragten in Berlin halten derzeit keine einzige der Berliner Parteien für fähig, die Probleme des Landes zu lösen. Unter den PDS-Anhängern halten 61 Prozent sämtliche Parteien für inkompetent. Nur noch jeder fünfte PDS-Anhänger in Berlin glaubt, dass seine Partei richtige Lösungen habe. (Berliner Zeitung, 25./26.1.2003) rül



Schon bei den Verhandlungen im Herbst 2002 lehnten die Gewerkschaften den vom Senat scheinheilig als „Solidarpakt“ bezeichneten Lohnverzicht ab. Für die Schulden des Landes Berlin seien sie nicht verantwortlich. Alle sozialen Schichten sollten zur Senkung der Schuldenlast beitragen. Der Senat solle sich z.B. Geld von den Zeichnern der mit luxuriösen Zinsgarantien ausgestatteten Fonds zurückholen, die die Berliner Bankgesellschaft zu SPD-CDU-Zeiten aufgelegt hatte und für deren Zinserträge nun das Land jedes Jahr dreistellige Millionensummen zahlt und eine Bürgschaft in Höhe von 20 Milliarden Euro übernommen hat. Ein „Solidarpakt“ sei nur im Rahmen geltenden Tarifverträge möglich, zum Beispiel durch Arbeitszeitverkürzung. Rechts: SPD-Bürgermeister Wowereit.

Staatsvertrag mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland

Den folgenden Artikel und die Dokumentation des Staatsvertrages entnehmen wir: hagalil.com

Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, haben heute, am Holocaust-Gedenktag, in Berlin erstmals einen Staatsvertrag unterzeichnet, der die Unterstützung der jüdischen Gemeinden in Deutschland regelt. Mit dem Vertrag soll der Zentralrat für seine sozialen und religiösen Aufgaben drei Millionen Euro im Jahr erhalten. Im Mittelpunkt steht dabei die Integration jüdischer Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Spiegel sprach von einem „historischen Moment“, der den politischen Willen von Regierung und Parlament, dass Juden in Deutschland leben, dokumentiere.

Im Vorfeld war vielfach davon die Rede, dass sich die jüdischen Gemeinden heute in einer Umbruchsphase befinden. Gemeint ist damit hauptsächlich der Einfluss der jüdischen Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion, die das Bild der Gemeinden umgekrempelt hat. Zur Regelung der unklaren Situation für die 12 liberalen Gemeinden in Deutschland trägt der Staatsvertrag jedoch nichts bei. Im Gegenteil, der Zentralrat wird als Vertretung aller deutschen Juden angesehen, egal, ob dieser eine Öffnung der Einheitsgemeinden für das liberale Judentum ermöglicht oder nicht.

Die „Weltunion des Progressiven Judentums“ behält sich daher den Rechtsweg vor, um notfalls darüber einen Anteil am Staatsvertrag zu erhalten. Es wäre auch anders möglich, wie beispielsweise in Niedersachsen. In Hannover wurde der Staatsvertrag zwischen dem Land und den Jüdischen Gemeinden um den Zusatz ergänzt, dass der liberale „Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden“ zehn Prozent der Förder-summe erhalte.

Ohne Zweifel ist die Unterzeichnung des Vertrages ein wichtiges Signal, eine gesetzliche Bestätigung der Verankerung jüdischen Lebens in der Mitte der deutschen Gesellschaft. Der Vertrag wird geschlossen, „geleitet von dem Wunsch, den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland zu fördern und das freundschaftliche Verhältnis zu der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu verfestigen und zu vertiefen“, wie es in der Präambel heißt. Leider wird er nicht mit historischem Verständnis für die Geschichte des deutschen Judentums, das einst die Geburtsstätte der Reformbewegung war, geschlossen.

aeu / hagailil.com 27-01-03

Dokumentiert

Vertrag

zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundeskanzler, und dem Zentralrat der Juden in Deutschland – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, vertreten durch den Präsidenten und die Vizepräsidenten

Präambel

Im Bewusstsein der besonderen geschichtlichen Verantwortung des deutschen Volkes für das jüdische Leben in Deutschland, angesichts des unermesslichen Leides, das die jüdische Bevölkerung in den Jahren 1933 bis 1945 erdulden musste, geleitet von dem Wunsch, den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland zu fördern und das freundschaftliche Verhältnis zu der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu verfestigen und zu vertiefen, schließt die Bundesrepublik Deutschland mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland folgenden Vertrag:

Artikel 1

Zusammenwirken

Die Bundesregierung und der Zentralrat der Juden in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts, der nach seinem Selbstverständnis für alle Richtungen innerhalb des Judentums offen ist, vereinbaren eine kontinuierliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen, die die gemeinsamen Interessen betreffen und in der Zuständigkeit der Bundesregierung liegen. Die Bundesregierung wird zur Erhaltung und Pflege des deutsch-jüdischen Kulturerbes, zum Aufbau einer jüdischen Gemeinschaft und den integrationspolitischen und sozialen Aufgaben des Zentralrats in Deutschland beitragen. Dazu wird sie den Zentralrat der Juden in Deutschland bei der Erfüllung seiner überregionalen Aufgaben sowie den Kosten seiner Verwaltung finanziell unterstützen.

Artikel 2

Staatsleistung

(1) Zu den in Artikel 1 genannten Zwecken zahlt die Bundesrepublik Deutschland an den Zentralrat der Juden in Deutschland jährlich einen Betrag von 3.000.000 €, beginnend – unabhängig vom Inkrafttreten des Vertrages – mit dem Haushaltsjahr 2003.

(2) Die Vertragsschließenden werden sich nach Ablauf von jeweils fünf Jahren – beginnend im Jahr 2008 – hinsichtlich einer Anpassung der Leistung nach Absatz 1 verständigen. Sie sind sich darüber einig, dass die Entwicklung der Zahl der vom Zentralrat repräsentierten Gemeindemitglieder ein wichtiges Kriterium bei der Berechnung der Leistungsanpassung darstellt.

Artikel 3

Zahlungsmodalitäten

Die Leistung wird 2003 in einer Summe, ab 2004 mit je einem Viertel des Jahresbetrages jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November gezahlt.

Artikel 4

Prüfung der Verwendung der Mittel

Der Zentralrat der Juden in Deutschland weist die Verwendung der Zahlung jährlich durch eine von einem unabhängigen vereidigten Wirtschaftsprüfer geprüfte Rechnung nach. Die Rechnung und der Bericht des Wirtschaftsprüfers sind der Bundesregierung vorzulegen.

Artikel 5

Weitere Einrichtungen des Zentralrats

(1) Der Bund wird darüber hinaus auch zukünftig die bisher geförderten Einrichtungen des Zentralrats der Juden in Deutschland – Hochschule für jüdische Studien und Zentralarchiv zur Erforschung der deutsch-jüdischen Geschichte, beide mit Sitz in Heidelberg – auf freiwilliger Basis unterstützen.

(2) Die Förderung der Hochschule für Jüdische Studien erfolgt derzeit mit einem Bundesanteil von 30 Prozent im Einvernehmen mit den Ländern.

(3) Das Zentralarchiv wird vom Bund institutionell gefördert auf der Grundlage der vorgelegten Wirtschaftspläne.

(4) In beiden Fällen handelt es sich um vom Bund jährlich festzulegende Zuwendungen im Sinne des Bundeshaushaltsrechts nach den Vorgaben des Haushaltsgesetzgebers.

Artikel 6

Ausschluss weiterer Leistungen

(1) Der Zentralrat der Juden in Deutschland wird über die in Artikel 2 und 5 gewährten Leistungen hinaus keine weiteren finanziellen Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland herantragen.

(2) Auf besonderer Grundlage mögliche oder bestehende Leistungen an die jüdische Gemeinschaft auf Bundesebene bleiben durch diesen Vertrag unberührt, insbesondere staatliche Leistungen für die Integration jüdischer Zuwanderer aus den GUS-Staaten und für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vom 21. Juni 1957.

Artikel 7

Vertragsanpassung

Die Vertragsschließenden sind sich bewusst, dass die Festlegung der finanziellen Leistungen dieses Vertrages auf der Grundlage der derzeitigen Verhältnisse erfolgt. Bei einer wesentlichen Veränderung der Verhältnisse werden sich die Vertragsschließenden um eine angemessene Anpassung bemühen.

Artikel 8

Freundschaftsklausel

Die Vertragsschließenden werden etwa in Zukunft auftretende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieses Vertrages in freundschaftlicher Weise beseitigen.

Artikel 9

Zustimmung des Deutschen Bundestages,

Inkrafttreten (...)



Die seit Wochen anhaltenden Protestaktionen entzündeten sich am Plan der Regierung, auf Druck der USA den Anbau der 4000 Jahre alten Kulturpflanze Coca um 70% zu reduzieren. Die Coca-Bauern organisierten daraufhin Straßenblockaden. U.a. wurden die beiden Hauptstraßen des Landes westlich der Stadt gesperrt, die Straßenblockaden trotz Militäreinsatz nach kurzzeitigen Räumungen bis heute aufrechterhalten. Eine zweite große Protestbewegung ist die Bewegung der Rentner, die sich gegen die Kürzung ihrer Renten zur Wehr setzen. Über zehntausend zogen trotz Behinderung durch Polizei und Militär in einer Karawane zur Hauptstadt La Paz. Die militärische Gewalt gegen die Co-



ca-Bauern und Rentner hat in den letzten Tagen 19 Todesopfer gefordert und die Empörung im ganzen Land über die Regierung verstärkt. Die Arbeiter im Gesundheitswesen traten Mitte Januar in einen eintägigen Generalstreik gegen die Repression und für eine Lohnerhöhung und die Einhaltung der Arbeitsverträge. Überall kommt es immer wieder zu Demonstrationen. Am 24.1. unterzeichneten mehr als ein Dutzend Sprecher der verschiedenen Bewegungen einen „sozialen Pakt“, eine „offizielle Kriegserklärung“ an die Regierung, mit der sie zur Fortsetzung der Blockaden und Demonstration bis zum Sturz der Regierung aufrufen. (Quelle und Bilder: indymedia)

Kalifornien: Fortgesetzte Proteste gegen die Registrierung

Wie berichtet (PB 1-2/03), müssen sich männliche Einwanderer über 16 aus 13 Ländern, v.a. dem Mittleren und Nahen Osten, in Kalifornien registrieren lassen. Ca. 1000 Einwanderer, die sich freiwillig zur Registrierung meldeten, wurden dabei verhaftet. In diesen Tagen ist die Gruppe der Einwanderer aus Saudi-Arabien und Pakistan zur Registrierung gerufen. Gegen die Registrierung und die in vielen Fällen andauernde Inhaftierung kommt es in mehreren kalifornischen Städten immer wieder zu Demonstrationen und anderen Protestaktionen. (Bild: Indymedia San Francisco)



USA: Bürgerrechtsorganisation warnt vor Überwachungsstaat

Die Bürgerrechtsorganisation ACLU warnt vor der technisch inzwischen möglichen Realisierung einer totalen Über-

wachungsgesellschaft und einer weiteren Erosion des Schutzes der Privatsphäre. Eine „Explosion von Computern, Sensoren, Kameras, drahtloser Kommunikation, GPS, biometrischer Verfahren und anderer Technologien“ habe ein „Überwachungsmonster“ herangezückt, das nun „still mitten unter uns heranwächst“. Die Gesetze, die vor totaler Überwachung schützten, würden seit dem 11.9. systematisch ausgehöhlt. Insbesondere weist ACLU auf das vom Pentagon geplante Total Information Awareness-Projekt hin, mit dem eine große Anzahl Menschen hinsichtlich ihrer Geldtransfers, Einkäufe, Reisen und Kommunikation erfasst werden sollen, wobei die Datenbanken der ganzen Welt als eine große zentrale Datenbank behandelt werden sollen. (Quelle: Telepolis)

Aufmarschgebiet Kurdistan

Die Bewohner der Ortschaften im Gebiet zwischen Incirlik und Habur, von denen Tausende aufgrund der Wirtschaftskrise und der geschlossenen Grenze ohnehin arbeitslos sind, sind jetzt zusätzlich durch den drohenden Krieg bedroht. Die Menschen aus Cizre und Silopi fürchten, Opfer des Einsatzes von Chemiewaffen werden zu können. Diese beiden Städte sind die wichtigsten Punkte einer Irak-Invasion von Norden aus. Das Industriegebiet von Silopi ist zum militärischen Sperrgebiet erklärt und mit Stacheldraht und hohen Mauern abgeschlossen. Transporter entladen militärisches Material im Innern des Sperrgebietes. In beiden Städten werden Warenlager, Fabriken und große geschlossene Plätze für die Militäroperation vorbereitet. Für die Bevölkerung werden für den Fall des Krieges keinerlei Schutzmaßnahmen er-

griffen. Ein Dorf, das im Aufmarschgebiet liegt, ist akut von Räumung bedroht. In der Region sammeln sich überdies die ca. 60.000 Dorfschützer im Dienst des türkischen Staates in militärischen Einheiten; sie haben damit begonnen, im Grenzgebiet Wache zu schieben. Es wird befürchtet, dass sie als Führer in einer möglichen US-Operation eingesetzt werden sollen. (Quelle: Özgür Politika, Informationsstelle Kurdistan)

Schutzzonen um israelische Siedlungen genehmigt

Die israelische Regierung hat die Entzignung palästinensischer Gebiete zur Einrichtung von „Schutzzonen“ um 150 Siedlungen im Westjordanland genehmigt. Sie forderte die Gemeinderatsvorsitzenden dabei zur Unterzeichnung einer Verpflichtung auf, die Schutzzone nicht zu Bauzwecken auszunutzen. Die Siedlungsvorsitzenden lehnten dies ab und sehen darin eine „Belohnung für den Terror“. – Die Beerdigung eines Siedlers, der kürzlich in einem illegal in einer „Schutzzone“ errichteten Gebäude getötet worden war, wurde als politisches Farnal rechter Siedler organisiert: Sie verweigerten die von den Eltern gewünschte Beerdigung in Jerusalem und trugen die Leiche 14 Stunden lang hin und her, wobei Anhänger der Siedlerorganisation Gusch Emunim die 800 zu ihrem Schutz anwesenden israelischen Polizisten und Soldaten als „linke Verräter“, „Kollaborateure der Völker“ und „degenerierte Tel-Aviver“ beschimpften. Selbst der Berater des Ministers für „innere Sicherheit der Siedler in Hebron“ sah darin ein bedenkliches Phänomen von steigender Gewaltbereitschaft und Radikalisierung der Siedler. (Quelle: Hagalil)

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN, BERLIN. Nach gut besuchten Aktionen der Friedensbewegung rund um den 25. Januar findet am 8. Februar in München eine bundesweit wichtige Demonstration gegen die sog. „Sicherheitskonferenz“ der Nato statt, ab 12 Uhr Marienplatz. (Bild: Aktion vor der BMW-Niederlassung in Stuttgart-Bad Cannstatt gegen die Unterstützung dieser Konferenz durch die BMW-eigene Quandt-Stiftung). Am 11. Januar hat sich das „Aktionsbündnis 15. Februar“ konstituiert, das im Rahmen des europaweiten Aktionstages zur bundesweiten Demonstration nach Berlin mobilisiert. Um 12 Uhr werden am 15.2.2003 zwei Auftaktkundgebungen am Bahnhof Zoo und am Alexanderplatz beginnen, die Abschlusskundgebung findet von 14 bis 16 Uhr vor dem Reichstagsgebäude oder westlich des Brandenburger Tors statt. Jeweils aktuelle Informationen über den Stand der Vorbereitung bietet die Homepage des „Aktionsbündnisses 15. Februar“: www.15februar.de.



Lebensmittelkarten für Flüchtlinge noch nicht abgeschafft

POTSDAM. Die Volksinitiative zur Überwindung des Sachleistungsprinzips in Brandenburg sieht die Aufhebung der Runderlasse zum Asylbewerberleistungsgesetz durch die Landesregierung nur unter großem Vorbehalt als Teilerfolg. Ziel der Volksinitiative ist die landesweite Zahlung von Bargeld an Menschen, die in Brandenburg Asyl suchen. Dazu wurden bereits landesweit Unterschriften durch viele engagierte Einzelpersonen und Organisationen seit Oktober 2002 gesammelt. Immerhin sieben der Landkreise und kreisfreien Städte haben sich bereits gegen das Sachleistungsprinzip ausgesprochen. Oft wurden die Entscheidungen mit der diskriminierenden Wirkung der Sachleistungen für die Flüchtlinge und hohen Mehrkosten des Gutscheinsystems für die Kreise begründet.

Die Landesregierung delegiert im wesentlichen die Entscheidung, gegen Diskriminierung vorzugehen, an die Landkreise und entzieht sich somit der Verantwortung für ein Engagement gegen strukturellen Rassismus. „Damit ist der Kern der Kritik allerdings nicht beseitigt: Das Asylbewerberleistungsgesetz behandelt Asylsuchende als Menschen zweiter Klasse. Die Benachteiligung gegenüber Sozialhilfeempfänger/innen macht ein menschenwürdiges Leben in Brandenburg unmöglich“, so Stefanie Martin von der Volksinitiative. Das Prinzip der Diskriminierung bleibe damit elementarer Bestandteil brandenburgischer Flüchtlingspolitik.

In einem Brief vom Sozialministerium wird den Landkreisen und kreisfreien Städten sogar suggeriert, eine Bargeldzahlung innerhalb der ersten drei Jahre sei nicht möglich. Tatsächlich ist aber nur während des Aufenthalts in der Zentralen Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt ausdrücklich die Versorgung durch Sachleistungen vorgeschrieben. Danach steht es den Landkreisen frei, nach den Gege-

benheiten vor Ort selbst zu entscheiden, ob sie Bargeld oder Sachleistungen gewähren. Bei Flüchtlingen, die länger als drei Jahre in der Bundesrepublik leben, ist die Gewährung von Bargeld sogar der gesetzliche Regelfall. Ein Blick auf andere Bundesländer (z.B. Sachsen-Anhalt, Bremen) zeigt, dass die Auszahlung von Bargeld von Anfang an sehr wohl praktiziert wird. „Es ist bedauerlich, dass die Landesregierung den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Ausgrenzung und Rassismus nicht mit couragiertem Beispiel vorangeht“, heißt es von Seiten der Volksinitiative.

www.sachleistung.de

Hungerstreik in der Abschiebehaftanstalt Berlin-Köpenick

BERLIN. Von Montag den 20. bis Mittwoch den 22. Januar 2003 befanden sich in der Abschiebehaft in Berlin-Köpenick bis zu 70 Menschen im Hungerstreik. Ihre Forderungen haben sie in einem Brief an die Knastleitung formuliert. Sie baten um ein Gespräch, an dem eine Vertreterin der Ausländerbehörde, der Haftleiter sowie der Polizeipräsident teilnehmen sollten. Sie kündigten an, zunächst drei Tage lang



Rund 500 Menschen demonstrierten am 26.1.03 in Friedrichstadt/Nordfriesland gegen die drohende Abschiebung der kurdischen Familie Yardimci für ein Bleiberecht.

in den Hungerstreik zu treten. Zur Zeit befinden sich noch immer einige der Häftlinge in Hungerstreik mit offenem Ende. Der Haftalltag in der Berliner Abschiebehaft ist geprägt durch eine rigorose Einschränkung der Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit, es gibt keine Arbeits- oder Beschäftigungsmöglichkeiten und lediglich einmal am Tag eine Stunde Hofgang. Die Fenster sind außen und innen vergittert, BesucherInnen können nur hinter einer Trennscheibe empfangen werden. Immer wieder gibt es Klagen über Willkür und Schikanen der bewachenden Polizeibediensteten. Die Perspektivlosigkeit der Situation, die Ungewissheit über die Dauer der Inhaftierung und die Angst vor der Rückkehr ins Herkunftsland schaffen ein Klima der Hilflosigkeit, Frustration und Verzweiflung. Hungerstreiks, Selbstverletzungen und Suizidversuche sind in der Berliner Abschiebehaft an der Tagesordnung.

Gegen den behördlich angeordneten Freiheitsentzug und gegen die Abschiebep Praxis gibt es permanent Widerstand. An der jüngsten Protestaktion beteiligten sich Häftlinge aus vier verschiedenen Stockwerken der beiden Häuser des Abschiebehaftkomplexes. In dem Brief nennen sie als Anlass ihres Hungerstreiks die hygienischen Verhältnisse, die lange Haftdauer über fünf oder sechs Monate hinaus sowie das unkorrekte und rüde Verhalten des Personals. Außerdem fordern sie Zugang zu Informationen.

Nachdem sich einer der Hungerstreikenden des Abschiebe„gewahrsams“ in Köpenick selbst verletzte und ein 15-Jähriger versucht hat, sich zu erhängen, fand am 24.1.03 um 12 Uhr eine Kundgebung vor dem Berliner Innensenat statt. Es nahmen um die hundert Leute teil. Verlesen wurden persönliche Berichte der Gefangenen aus dem Hungerstreik und deren Forderungen. Solidarität mit den Abschiedehäftlingen wurde demonstriert und ein Ende der Abschiebehaft gefordert.

www.abschiebehaft.de

<http://kanalb.de/html/koepenick.php3>

CDU verhindert Neofaschismus-Ausstellung der VVN in Pforzheim

PFORZHEIM. Am Mittwoch, den 15. Januar 2003, sollte sie erstmals in Pforzheim gezeigt werden: die Wanderausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und der IG Metall, die seit zwei Jahren durch Deutschland tourt. Doch daraus wird nichts. Ausstellung und politisches Begleitprogramm wurden kurzfristig abgesagt. Grund für die Absage ist Druck von Seiten der CDU. „Die CDU hat darauf bestanden, die Ausstellung abzusagen“, berichtete Kulturhaus-Geschäftsführer Gerhard Baral. Dabei habe Staatssekretär Mappus die Drohung in den Raum gestellt, die öffentlichen Zuschüsse von Land und Kommune für das Haus komplett zu streichen, sollte man seinem „Wunsch“ nicht nachkommen. „Dabei handelt es sich um eine Summe von jährlich insgesamt 650.000 Euro, das entspricht 40 Prozent unseres Etats“, berichtete Baral. Da er auch Verantwortung für seine elf hauptamtlichen MitarbeiterInnen trage, habe er sich dem Druck der CDU gebeugt. Pforzheims DGB-Chef und Mitveranstalter Jürgen Schroth spricht von einer „unglaublichen, politischen Erpressung“. Selbst die Bereitschaft der Veranstalter, einige Text-Passagen, an denen die Christdemokraten Anstoß genommen hatten, einzuschwärzen, habe die Ausstellung nicht retten können, so Schroth.

Baral wies auf die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit Neofaschismus gerade in Pforzheim hin. Nach den Ereignissen um den 23. Februar 2002 mit der Kundgebung des rechtsextremistischen „Freundeskreises ‚Ein Herz für Deutschland‘“ und vielen anderen Aktivitäten der rechtsextremistischen Gruppierungen in der Stadt und Region in den vergangenen Jahren sei dies dringend erforderlich. „Eine vergleichbare Zensur wie in Pforzheim gab es bislang nirgendwo“, kommentierte Klaus Harbart von der Berliner VVN-Bundeszentrale und spricht von einem „Riesenskandal“. Die VVN werde auf die gezielte Einflussnahme auf einen demokratischen Prozess der Meinungsbildung seitens der CDU reagieren, kündigte Harbart an.

Martin Höxtermann, www.stattweb.de

Civitas-Programm des Bundes – Vereine klagen über Maulkorb

ERFURT. Mit ihrem Civitas-Programm will die Bundesregierung in Ostdeutschland die Zivilgesellschaft entwickeln, die Zivilcourage stärken und den Rechtsextremismus bekämpfen. Doch von demokratischer Kultur hält das zuständige Familienministerium offenbar selbst nicht besonders viel. Die Mitarbeiter der Berliner Opferberatungsstelle „Reachout“ staunten nicht schlecht, als sie kürzlich ihren Zuwendungsbescheid für das erste

Quartal 2003 in Händen hielten. Von einem „Maulkorb“ spricht Mitarbeiterin Sabine Seyb. Der Vorsitzende des Vereins „Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen“ und DGB-Landesvorsitzende Spieth sieht gar den Charakter des Civitas-Programms infrage gestellt und spricht von einem „Akt der Zensur“. Der umstrittene Zuwendungsbescheid liegt der Berliner Zeitung vor. Darin heißt es: „Im Rahmen der Zuwendung gewonnene Erkenntnisse bedürfen zu ihrer Veröffentlichung der vorherigen Zustimmung des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Frauen“. Mitteilungen an Presse oder Öffentlichkeit „über Thema, Inhalt und Ergebnisse oder sonstige Einzelheiten zum Programm Civitas sowie jegliche sonstige Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Civitas“ seien „allein dem Ministerium vorbehalten“. Die Projekte sollen alle Veröffentlichungen, „die Entwürfe von Druckerzeugnissen – wie z.B. Flyer, Broschüren und Publikationen“ – vor dem Druck der Servicestelle der Deutschen Jugendstiftung, die im Auftrag des Ministeriums das Civitas-Programm betreut, „vorlegen und die Zustimmung zur Veröffentlichung abwarten“.



Die Initiativen sind empört und sehen ihre Arbeit gefährdet. Zwar seien die neuen Vorschriften vage formuliert, sagt Sabine Seyb von „Reachout“, dennoch sei zu befürchten, dass sie gegen unbequeme Initiativen angewendet werden. Die Leiterin der Servicestelle, Ute Seckendorf, spricht von Missverständnissen. Niemand wolle die Arbeit der Projekte behindern. Mehrfach jedoch sind Servicestelle und Ministerium gegen Äußerungen von Projekten vorgegangen. So wurde ein Projekt aufgefördert, Zeitungsartikel, die sich kritisch mit den Programmen der Bundesregierung auseinandersetzen, von der Homepage zu entfernen. Ein Plakat, das sich unter dem Titel „Asylsuchende in Thüringen – Das kalte Herz Deutschlands“ mit der Lage von Flüchtlingen in einer Gemeinde befasst, wurde von der Landesregierung als grober Verstoß gegen die Civitas-Richtlinien bezeichnet. Anetta Kahane von der Antonio-Amadeu-Stiftung kann die Irritation der Projekte verstehen: „Politische Meinungsäußerungen sind ein Teil jeder zivilgesellschaftlichen Aktivität.“ Dazu gehöre auch der öffentliche Diskurs über Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Berliner Zeitung, 23.1.03, leicht gekürzt, abgedruckt in www.inforiot.de

Rechtsextreme Hetzschriften an der Universität aufgetaucht

POTSDAM. In der vorigen Woche informierten aufmerksame Studierende den ASTa der Universität Potsdam, dass an mehreren Standorten der Universitäten Flugblätter der „Unabhängigen Nachrichten“ aufgetaucht seien. Die von mehreren Verfassungsschutzorganen als rechtsextrem eingestufte Publikation warnt in der verteilten Ausgabe mit offensiv rassistischen und neonazistischen Parolen vor einem angeblichen „Bankrott des Gesundheitssystems“. Die Krankenkassen stünden demnach im Verdacht „Entwicklungshilfe“ zu betreiben, da es nach Deutschland einen immer größer werdenden Zustrom von AusländerInnen gebe, die ihre Familien im Ausland über die Sozialsysteme der Bundesrepublik mitversorgen würden.

Unabhängig vom Inhalt und vom Wahrheitsgehalt des Flugblattes wird eines klar: Die Krankenkassen sind bankrott und die AusländerInnen sollen die Urheber der Defizite sein. Der ASTa schließt zwar aus, dass sich Studierende auf eine solche falsche und plumpe Argumentation einlassen, warnt aber vor einer neu erstarkenden rechtsextremen Struktur auch innerhalb der Hochschulen. Er wird prüfen, ob gegen die UrheberInnen des Flugblattes und deren VerteilerInnen Strafanzeige wegen des Verdachtes der Volkverhetzung erstattet wird.

www.asta.uni-potsdam.de

NRW will ab 2004 Studienkonten einführen – Protest der Asten

DÜSSELDORF. Ab Sommersemester 2004 werden an den Hochschulen in NRW Studienkonten eingeführt. Dies wurde am 22. Januar 2003 mit den Stimmen der rot-grünen Koalition gegen die Stimmen von CDU und FDP vom Landtag beschlossen. Wer die 1,5-fache Regelstudienzeit erreicht hat, zahlt Gebühren von EUR 650 pro Semester. Ab 2007 wird ein „verfeinertes“ System eingeführt, das mit der Verpflichtung für die Hochschulen einhergeht, die Studiengänge modular aufzubauen. So soll die individuelle Inanspruchnahme der Hochschuleinrichtungen berechnet werden. Gebühren müssen die Studierenden in dieser zweiten Phase entweder nach Verbrauch ihres „Studienguthabens“ (entspricht dem 1,25-fachen des „für einen Studienabschluss erforderlichen Studienbudgets“) oder nach Ablauf der doppelten Regelstudienzeit aufbringen. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und das Landes-Asten-Treffen (LAT) haben rechtliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Daher haben LAT und ABS ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. „Wir wissen von zahlreichen Asten, dass sie gegebenenfalls klagewillige Studierende unterstützen werden“, so Christine Brinkmann, Koordinatorin des Landes-Asten-Treffens NRW. www.gute-bildung.de

Letzte Woche beschloss der Landtag in Dresden mit den Stimmen der CDU eine Novellierung der Gemeindeordnung, die darauf abzielt, die Wirtschaftstätigkeit der Kommunen noch schärfer einzuschränken. Die klarstellenden Formulierungen (Auszug siehe Kasten) haben, so kritisieren ver.di, SPD und PDS, den Sinn, den Privaten, die gegen kommunalwirtschaftliche Unternehmen antreten wollen, Möglichkeiten zur Klage gegen Gemeinde- bzw. Stadtratsbeschlüsse zu schaffen. Aus dem Vorliegen dieses Gesetzes lässt sich zweierlei folgern. Erstens versucht die Union im Vorfeld der Landtagswahlen zu zeigen, dass sie etwas für die notleidenden Klein- und Mittelunternehmen tut. Ihr Vorrang wird festgeschrieben, ihre Konkurrenzbedingungen werden verbessert. Die CDU bekennet Farbe. Ob dabei für die Privaten wirklich was herauspringt, das steht auf einem anderen Blatt. Nimmt man den Antrag nicht nur ideologisch, so deutet die Beschlussfassung darauf hin, dass es bei

anhaltender Krise eine spontane Tendenz zur Wirtschaftstätigkeit in kommunaler Regie oder wenigstens unter führender kommunaler Beteiligung gibt; dem würde durch die gesetzliche Änderung besser vorgebaut. Besonders bemerkenswert ist die Restriktion des Rechtes auf „mittelbare oder unmittelbare Beteiligung“ an Unternehmen.

Auch im Westen der BRD kommt es immer öfter zu einem politische Tauziehen wegen der Organisation der kommunalen Wirtschaft. Wir dokumentieren den Bericht über das Scheitern eines Volksbegehrens wegen der Teilprivatisierung der Lübecker Stadtwerke. Die Städte, die in Finanzierungsklemmen feststecken, neigen überall dazu, Bereitstellung öffentlicher Güter privatwirtschaftlichen Kriterien zu unterwerfen. Dem dienen Umorganisationen und Teilverkäufe. Im Endeffekt nehmen dabei die Gestaltungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit ab. Das Dienstleistungsangebot wird sich auf mittlere Frist der zahlungskräftigen

Nachfrage anpassen und seine sozial ausgleichenden Komponenten verlieren. Der Bericht aus Lübeck zeigt, dass es nicht einfach ist, diese allgemeine Tendenz so konkret aufzuzeigen, dass die Bürgerschaft zur Gegenwehr mobilisiert wird.

Eine weitere, schwierige Entwicklung zeichnet sich in der Tendenz der Kommunen ab, ihren spezifischen Marktvorteil (können z.B. nicht Konkurs gehen, haben ihr Anlagevermögen nicht in der Bilanz stehen usw.) für außerordentlich zweifelhafte Finanzgeschäfte auszunutzen. In Kritik an derartigen Entwicklungen kommt es dazu, dass Linke an die Aufsichtsbehörden appellieren, solche Abenteuer zu unterbinden. Wir dokumentieren einen Bericht und Brief aus NRW.

Abschließend in unserer kleinen Übersicht dokumentieren wir ein Stellungnahme von ver.di zur kommunalen Beschäftigungspolitik, auf die die NRW-PDS in der neuesten Ausgabe ihres Landesinfos hinweist.

www.verdi-Sachsen.de

„Kommunales Wirtschaftsrecht darf nicht geändert werden“

Gegen die Gesetzesnovelle der CDU zur Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts vom 23. Januar 2003 protestieren Parteien, Verbände und Kommunen. Zwangsverkäufe von Wohnungsgesellschaften und Stadtwerken drohen.

DRESDEN. „Die von der CDU-Staatsregierung geplante (und inzwischen beschlossene, Red. PB) Gesetzesnovelle zur Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts sorgt dafür, dass die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit der Kommunen extrem eingeschränkt wird“, sagte die kommunalpolitische Sprecherin der SPD Fraktion Margit Weihert am 17. Januar 2003 in einem Pressegespräch. „Mit dem Gesetzentwurf“, so Weihert weiter, „wird der freie Wettbewerb zu Lasten der Kommunen eindeutig behindert.“ Am Ende des Prozesses werden die Kommunen ihre Unternehmen und Beteiligungen zu ungünstigen Konditionen verkaufen müssen.

Aus den geplanten Veränderungen des derzeitigen Gesetzes entstehen den sächsischen kommunalen Unternehmen wesentliche Wettbewerbsnachteile innerhalb, aber auch außerhalb Sachsens, schließlich liegen die geschäftlichen Eckdaten sächsischer städtischer Unternehmen jedem potentiellen Konkurrenten offen. „Als kommunale Unternehmen brauchen wir in Sachsen aber dringend Wettbewerbssicherheit, sonst sind Arbeitsplätze gefährdet“, erklärte Gunar Friedrich, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Kommunalen Unter-

Geltende Gemeindeordnung:

„§ 97 Wirtschaftliche Unternehmen. (1) Die Gemeinde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftliche Unternehmen ungeachtet der Rechtsform errichten, übernehmen, unterhalten, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, sofern

1. der öffentliche Zweck dies rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann.“

Vorgesehene Änderung des § 97 Abs. 1 Satz 1 im CDU-Änderungsantrag:

„§ 97 Wirtschaftliche Unternehmen. (1) Die Gemeinde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein wirtschaftliches Unternehmen ungeachtet der Rechtsform **nur** errichten, übernehmen, unterhalten, wesentlich **verändern** oder sich daran **unmittelbar oder mittelbar** beteiligen, wenn

1. der öffentliche Zweck dies rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen **privaten Dritten** erfüllt wird oder erfüllt werden kann.“

nehmen in Sachsen (VKU). Der VKU hat sich ebenso wie der Verband der sächsischen Wohnungswirtschaft und der Städte- und Gemeindebund deutlich gegen die Gesetzesnovelle ausgesprochen. „Der Gesetzentwurf stellt ein Muster an Bürokratie und Rechtsformfessel dar“, so Friedrich weiter, „statt dem von allen Seiten geforderten Abbau von bürokratischen Hindernissen, nimmt die Überreglementierung deutlich überhand. Neue Genehmigungs- und Anzeigepflichten, verschärfte Vorschriften der Rechnungsprüfung, umfangreiche Pflichtgutachten und Beteiligungsberichte und zwingende Vertrags- und Satzungspflichten werden vielen Unternehmen das Genick brechen“.

Als einen „deutlichen Schlag gegen die kommunale Wirtschaft“ bezeichnete Holger Tschense, Bürgermeister der Stadt Leipzig, die Gesetzesnovelle. „Die Folgen aus dem von der CDU geplanten Gesetz liegen auf der Hand. Für viele kommunale Unternehmen wird die Privatisierung unvermeidlich sein, eine Pri-

vatisierung allerdings, die zu ungünstigen Konditionen erfolgen wird“, äußerte Tschense und fragte weiter: „Warum mischt sich der Freistaat überhaupt auf diese Weise in die Politik der Kommunen ein? Müsstest die Kommunen nicht selbst und zum Wohle ihrer Bürger entscheiden können?“

Klar ist: Sollte der Gesetzentwurf im nächsten Plenum Zustimmung erfahren, sind in Sachsen Arbeitsplätze gefährdet, stellte Stefan Brangs von der Gewerkschaft ver.di fest.

Es sei zu befürchten, dass viele Unternehmen ihre Zentralen aus Sachsen abziehen, damit gehen hochwertige Arbeitsplätze verloren.

„Der Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts verstößt eindeutig gegen Bundesrecht und ist mit dem Haushaltsgrundsätze-Gesetz nicht vereinbar“ so abschließend Margit Weihert. „Außerdem liegt ein Verstoß gegen die kommunale Selbstverwaltungsgarantie vor, da die freie wirtschaftliche Betätigung in Frage gestellt ist.“ •

Stadtwerke Lübeck verkauft – kein Bürgerentscheid

Nachdem die Investmentbank Sal. Oppenheim und die Aufsichtsräte einen Verkauf der Stadtwerke empfohlen hatten, beschloss die Bürgerschaft auf ihrer November-Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Verkauf von 49,9 Prozent der Energiesparte an den Rendsburger Energieversorger Schleswig sowie von ebenfalls 49,9 Prozent der ÖPNV-Sparte an ein Konsortium aus Hamburger Hochbahn und Pinneberger Verkehrsgesellschaft. Kurz vor Weihnachten unterzeichneten dann Bürgermeister Saxe (SPD) und Stadtwerke-Geschäftsführer Kuhn die entsprechenden Verträge mit den „strategischen Partnern“. Der tatsächliche Einstieg wird im Frühjahr 2003 vollzogen werden, nachdem der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2002 festgestellt worden ist.

Für Bürgermeister Bernd Saxe stellt die Teilprivatisierung sowohl einen Erfolg als auch eine Niederlage dar. Bereits in den neunziger Jahren trommelte Saxe, damals als einziger in der SPD, für die Umgründung der Stadtwerke. Im Jahr 2000 wurden die Stadtwerke vom Eigenbetrieb in eine GmbH umgewandelt, und drei Jahre später glückte dem Bürgermeister dann die richtige Privatisierung. Jedoch fließen die Verkaufserlöse des Energiebereichs von insgesamt 185 Millionen Euro nicht in den städtischen Haushalt, sondern gehen vor allem als Kapitalerhöhung (132 Millionen Euro) wieder an die Stadtwerke. Damit ist das immer propagierte Ziel der Haushaltssanierung nicht erreicht worden (m.E. ist dies nicht schlimm – Haushaltssanierung soll kein Selbstzweck). Für den Verkehrsbetrieb wurden keine Verkaufserlöse erzielt, da hier jährlich Verluste eingefahren werden.

Wie ist der Verkauf zu werten? Die Beteiligung der Schleswig und der Hochbahn weisen auf eine Regionallösung hin. Beiden Unternehmen ging es mit der Beteiligung an den Stadtwerken darum, sich den für Norddeutschland nicht kleinen Markt Lübeck zu sichern und das jeweilige regionale Monopol zu sichern. Es ist daher – anders als beim Fall der Kieler Stadtwerke, wo der US-Energieversorger TXU den Einstieg in deutschen Markt versucht hat – nicht davon auszugehen, dass die Lübecker Stadtwerke in eine ähnlich schwierige Lage wie das Unternehmen in der Landeshauptstadt kommen werden. Gleichwohl ist in der nächsten Zeit mit einer deutlichen Reorganisation beider Unternehmensteile zu rechnen. Im Energiebereich soll das Unternehmensergebnis kurzfristig um 6 Millionen Euro verbessert werden. Bis ➔

Kita-Ordnung vor Gericht: DRESDEN. Nach einem Beschluss des Stadtrats vom Dezember vergangenen Jahres können in der Elbestadt nur noch Eltern, die berufstätig sind oder eine Ausbildung absolvieren, ihre Kinder in eine Krippe oder einen Hort schicken. Dagegen haben Arbeitslose keinen Anspruch mehr auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder. In sozialen Härtefällen gelten Sonderbestimmungen. Gemäß diesem Beschluss kündigte die Stadt sämtliche Verträge für Kindertagesstätten. 8300 Eltern müssen, um ihre Kinder ab 1. Februar wieder in eine Krippe oder einen Hort schicken zu dürfen, bis Ende Januar nachweisen, dass sie eine Beschäftigung haben. Nach Angaben der Stadt werden wegen der Neuregelung rund 1300 Kinder dann keinen Betreuungsplatz mehr erhalten.

Inzwischen haben sich Dresdner Eltern bereits in zwei Fällen erfolgreich vor Gericht gegen die Verordnung zur Wehr gesetzt. Das Amtsgericht verpflichtete zwei private Träger von Kindertagesstätten per einstweiliger Verfügung, die Kinder der klagenden Familien auch nach dem 1. Februar weiter zu betreuen. Sollte die Einrichtungen die richterlichen Weisungen nicht befolgen, drohen hohe Geldstrafen. Seit dem 27. Januar 2003 liegt der erste Entscheid des Verwaltungsgerichts vor: Die Kündigung der Verträge war, ist und bleibt rechtswidrig. Sie diene einzig und allein dem Zweck, Eltern zu zwingen, Daten an die Stadt herauszugeben.

Der Beschluss des Verwaltungsgerichts zu Gunsten der Eltern geht aber in der Begründung noch weiter und erklärt das Verfahren zur Auswahl für rechtswidrig. Übersetzt heißt das: „So nicht! Kinder sind keine Verfügungsmasse, die man schnell mal hin und her schiebt.“ Die Eltern sehen darin einen Teilerfolg. Ein großer Teil der unberechtigten Kündigungen wird zurückgenommen. Trotzdem bleibt es bei mehr als 1000 Kündigungen, gegen die einzeln geklagt werden muss. Dazu mobilisiert der Stadtelternbeirat. Parallel dazu wird ein Bürgerbegehren für eine kinderfreundliche Stadt vorbereitet unter dem Motto „Dresden für Kinder“.

www.steb-dresden.de

„Kinderbetreuung bringt Geld in die Staatskasse“: BERLIN. Ein Ausbau der Kinderbetreuung rechnet sich offensichtlich auch für den Staat. Die Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungen seien deutlich höher als die Kosten für zusätzliche Betreuungsplätze, fasste Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) am 15. Januar 2003 die Ergebnisse einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zusammen. In den nächsten Wochen will Schmidt die Kommunen vom Ausbau der Kinderbetreuung überzeugen. Die

für den Ausbau nötigen 1,5 Milliarden Euro werde der Bund ab 2004 jährlich zur Verfügung stellen, so dass die Gegenfinanzierung zu „100 Prozent“ gesichert sei, sagte die Ministerin. Die Studie, die Schmidts Ministerium in Auftrag gegeben hatte, errechnete Einnahmeeffekte von maximal 22,1 Milliarden Euro. Diese ergeben sich, wenn alle erwerbswilligen Mütter mit Kindern zwischen zwei und zwölf Jahren einen Arbeitsplatz finden, Alleinerziehende wegen der besseren Betreuung keine Sozialhilfe mehr benötigen und die Zahlungen an Einkommensteuer und Sozialversicherungen der zusätzlichen rund 430.000 Beschäftigten in den Betreuungseinrichtungen einbezogen werden.

In einer Minimalvariante wurde errechnet, dass bei Steuern und Sozialversicherungen 2,5 Milliarden Euro mehr eingenommen werden könnten, wenn alle akademisch ausgebildeten Mütter mit Kindern zwischen 2 und 12 Jahren durch Kinderbetreuungsangebote wieder arbeiten würden. Die Effekte dieser Variante hält Schmidt „für schnell erreichbar“. Sie beklagte, dass Deutschland vor allem wegen der alten Bundesländer bei der Kinderbetreuung „Schlusslicht im gesamten europäischen Raum sei“. So liege die Versorgungsquote an Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren nur bei 3,8 Prozent, bei Ganztageseinrichtungen für Kinder zwischen drei und sechs Jahren bei 18,8 Prozent und bei Hortkindern nur bei 5,9 Prozent.

www.ngo-online.de

Volksbegehren gegen Schulschließungen. LEIPZIG., CHEMNITZ, DRESDEN. Der Verein „Zukunft braucht Schule“ hat am 11.01.2003 rund 60.000 Unterschriften für ein Volksbegehren gegen Schulschließungen entgegen genommen. Nach Angaben des Vereins liegen bislang 133.000 Unterschriften vor. Für einen Volksentscheid sind in Sachsen 450.000 Unterschriften notwendig. Nun sollen die fehlenden Stimmen während einer Aktionswoche der Schulinitiativen vom 3. bis zum 9. März 2003 hinzukommen. Ursprünglich war geplant, die Unterschriftenaktion bis Ende Februar abzuschließen. Die Initiatoren des Volksbegehrens wollen eine Änderung des sächsischen Schulgesetzes durchsetzen und so weitere Schulschließungen verhindern. Unter anderem soll die Mindestzahl von Schülern in einer Klasse deutlich gesenkt werden.

Das Volksbegehren haben die Oppositionsparteien SPD, PDS und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im September auf den Weg gebracht. Die CDU versucht immer wieder, mit dem Ankündigen eigener Gesetzesinitiativen das Volksbegehren zu bekämpfen.

www.zukunftbrauchtchule.de
Zusammenstellung: baf

2010 soll das Defizit des Verkehrsbetriebs halbiert werden und ein um 12 Millionen Euro verbessertes Ergebnis realisiert werden. Klar ist, dass dies vor allem durch einen Mix aus Angebotsanpassungen (Linienkürzungen, Energiepreisanstieg) und Druck auf die Beschäftigten realisiert werden soll.

Den Beschäftigten und ver.di ist es im Verfahren gelungen, die paritätische Mitbestimmung zu sichern und betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2010 auszuschließen. Doch scheint es beispielsweise im Busverkehr wahrscheinlich, dass Busfahrer ggf. auch im Hamburger Raum eingesetzt werden können. Für eine detaillierte Bewertung der Reorganisationsmaßnahmen ist es an dieser Stelle aber noch zu früh.

Bürgerentscheid – leider gescheitert

Die politische Gefechtslage in der Bürgerschaft war eindeutig, sowohl CDU als auch SPD sprachen sich für die Privatisierung aus. Die Grünen, eine parteilose Abgeordnete und der Autor sprachen sich gegen den Verkauf des kommunalen Eigentums aus. Unter Federführung von Attac sollte dann ein Bürgerentscheid initiiert werden. Innerhalb von vier Wochen nach der Beschlussfassung im Rathaus mussten Unterschriften von zehn Prozent der wahlberechtigten LübeckerInnen gesammelt werden. Zwar wurden mehrere tausend Unterschriften gesammelt und durch vielfältige Aktionen auf das Thema aufmerksam gemacht, doch reichte es am Ende nicht für die ca. 17.000 Unterschriften. In den Medien fand die Privatisierung der Stadtwerke ein gewisses Echo: Die *Stadtzeitung* berichtete ausführlich und mit kritischen Punkten. Die *Lübecker Nachrichten* griffen die verfehlte und empörende Äußerung eines Bürgerschaftsabgeordneten auf, der die Veröffentlichung von Bürgerschaftsabgeordneten und ihres Stimmverhaltens auf der Attac-Homepage mit Nazimethoden verglich.

Die Bewertung über den Ausgang der Unterschriftensammlung fällt unterschiedlich aus. Stellte Attac vor allem die formalen Hürden – 10 Prozent der Lübecker in vier Wochen zur Unterschrift zu bewegen – ins Zentrum der Kritik, so wird an dieser Stelle eine selbstkritischere Haltung vertreten. Zwar haben wir Privatisierungsgegner gute Argumente auf unserer Seite, doch war man offensichtlich nicht kampagnenfähig genug, um eine über den Kreis der „immer Aktiven“ hinaus reichende Ausstrahlungsfähigkeit zu erreichen. Das Hauptdefizit ist darin zu sehen, dass weder die Betriebsräte noch ver.di in die Reihe der Privatisierungsgegner fanden. Die Unsicherheit über die Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes und der Stadtwerke Lübeck im Wettbewerb wirkte für eine Mobilisierung wohl zu schwer. So blieb es dabei, dass neben Attac und dem Mieterbund nur die anderen linken Gruppen für den Bürgerentscheid eingetreten sind.

Dies reichte nicht, es fehlten die Beschäftigten als Multiplikatoren für eine erfolgversprechende Kampagne.

Angesichts dieser Defizite kann man zwar die formalen Hürden in den Mittelpunkt stellen, doch im Falle eines tatsächlich abgehaltenen Bürgerentscheids hätten wir neben den inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Herausforderung eine deutlich weitreichende Sprachfähigkeit beweisen müssen.



StadtRotInfo 16/2003 PDS-Gruppe unterstützt Zusammenschluss gegen Cross-Boarder-Leasing

US-Leasing des EVAG-Netzes kein Grund zum Jubeln

Im Juni hat die Ratsmehrheit das dritte Leasing-Geschäft mit Anlegern in den USA abgesegnet. Kurz vor Weihnachten wurden die Verträge in New York unterschrieben. Seitdem gehören die EVAG-Schienen nach US-Recht einem noch nicht einmal öffentlich gekannten Finanzkonsortium in den USA. Nach deutschem Recht sind die Schienen „nur“ für 99 Jahre verpachtet. Auch wenn die Stadt jetzt erst einmal 70 Mio. \$ einstreicht, sieht die PDS-Gruppe darin keinen Grund zum Jubeln. Solche globalisierten Geschäfte sind spekulativer Kapitalismus pur. Das Risiko tragen vor allem kommende Generationen. Kein Mensch weiß schließlich, was in den nächsten 99 Jahren, der Laufzeit der Verträge, passiert.

Risiken bestehen sowohl in der Gewährleistungspflicht der Stadt als auch in möglichen Änderungen des US-Steuerrechts. In den USA laufen derzeit mehrere Klagen gegen Steuer-Ersparnis-Geschäfte, die auch heute schon am Rande der Legalität sind. Dabei kann das Steuerrecht in den USA auch rückwirkend geändert werden. Sicher dürfte sein, dass das US-Finanzkonsortium, das die Investition getätigt hat, bei jedem Problem alles versuchen wird, sich schadlos zu halten. Denn für die US-Investoren geht es um riesige Summen, sie streichen den größten Teil des Steuergewinns ein. Experten gehen davon aus, dass die Städte bei den US-Lease-Geschäften rund 4 % der Investitionssumme erhalten. Das EVAG-Schiennetz hätte also einen Wert von rund 1,75 Mrd. \$. Die Investoren kassieren nach unterschiedlichen Schätzungen jedoch zwischen 10 und 35% der Investitionssumme, im Falle des EVAG-Schiennetzes also 175 bis 612 Mio. \$. „Wenn Stadtkämmerer Dr. Zierröhl sich damit beruhigt, dass die Verträge der Stadt gründlich geprüft wurden,

In den nächsten Monaten gilt es den Reorganisationsprozess kritisch zu verfolgen und mögliche Verschlechterungen für die Menschen in Lübeck in die Öffentlichkeit zu tragen.

Kai Burmeister, Juso & Mitglied der Lübecker Bürgerschaft

Aus: Gegenwind – Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 173, Februar 2003

so ist das wie das Pfeifen im Walde,“ erklärte PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke in einer Pressemitteilung. „Die politischen Gremien jedenfalls haben das Geschäft in keinsten Weise ernsthaft prüfen können. Ihnen lagen lediglich Papiere der Verwaltung vor. Einen Antrag der PDS, in dem die Vorlage der Verträge gefordert wurde, lehnte die Ratsmehrheit ab. Letztendlich haben die politischen Gremien also irgendwelchen international tätigen Anwaltskanzleien einen Blankoscheck ausgestellt.“ Die PDS-Gruppe unterstützt die Arbeitsgemeinschaft gegen kommunalen Ausverkauf, die sich kurz vor Weihnachten in Bochum gebildet hat. Die Arbeitsgemeinschaft, in der Mitglieder von attac, BUND und mehrere Ratsmitglieder aus dem Ruhrgebiet mitarbeiten, hat sich in einem Brief an die Regierungspräsidenten in NRW gewandt, in dem sie vor US-Leasing-Geschäften warnt. Unten einige Auszüge aus dem Brief, den die Regierungspräsidenten bis heute nicht beantwortet haben.

*Wolfgang Freye
(aus: StadtRot – Essen)*

Kein Ausverkauf kommunalen Vermögens! – Brief an die Regierungspräsidenten in NRW

In immer mehr Städten und Kommunen unseres Landes werden Schulen, Kanalnetze, Kläranlagen, Stadtbahnen- und -anlagen, Messehallen usw. in die USA verkauft bzw. Cross-Border-verleast. Es handelt sich um Dinge, die für unsere Daseinsversorgung wichtig sind und bereits von uns BürgerInnen über Steuern und Abgaben finanziert wurden.

Derartige Geschäfte – CBL bzw. US-Leasing – sind bereits im letzten Jahr vom niedersächsischen Innenministerium als riskant eingestuft worden (15/1705 15. Wahlperiode 02-03-07, Kleine Anfrage des Abgeordneten Thomas Rother, SPD) ... Auch das bayrische Innenministerium stuft derartige Geschäfte mittlerweile als zu riskant ein. Innenminister Beckstein: „Ich habe Verständnis dafür, dass sich die Kommunen wegen ihrer knappen Finanzmittel um innovative Finanzierungsinstrumente bemühen. Solche Modelle, die vor allem von der privaten Wirtschaft zur Realisierung von Steuervorteilen entwickelt wurden, eignen sich aber nicht für Kommunen. Sie führen dort zu unkalkulierbaren Risiken, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht hingenommen werden dürfen. Außerdem entsteht in der Öffentlichkeit ein verheerendes Bild, wenn Kommunen auf Steuertricks hart an der Grenze der Legalität zurückgreifen und gleichzeitig von den Bürgern, die ohnehin viel Steuern zahlen müssen, Ehrlichkeit und hundertprozentige Gesetzestreue verlangt wird.“ (Pressemitteilung, 5.12.2002)

Nach unserer Meinung führt schon das wenige, was über diese Regelungen bekannt geworden ist, zu der Schlussfolgerung, dass es sich bei den CBL-Verfahren um eine Übernahme kommunalen Anlagevermögens in den amerikanischen Einflussbereich handelt. Die Voraussetzung für die Erlangung des Steuervorteils nach amerikanischem Steuerrecht ist die Verschaffung des wirtschaftlichen (und damit auch rechtlichen) Eigentums ... Nach unserer Auffassung liegt die Problematik solcher Verträge darin, dass die verantwortlichen Kommunalpolitiker mit dem Abschluss solcher Verträge massiv gegen ihre Pflicht verstoßen, die Selbstbestimmung für ihre Gemeinde aufrecht zu erhalten und die Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

- Schreiten Sie als zuständige Aufsichtsbehörde ihrer Verantwortung entsprechend ein!

- Stoppen Sie sofort sämtliche Vertragsgespräche und Vertragsverhandlungen in den jeweiligen Kommunen! ...

- Lassen Sie die Verantwortlichen in den Kommunen, die offensichtlich auf Grund ihrer Finanznot die bestehenden Risiken nicht mehr sehen wollen/können, nicht ins Unglück laufen!

c/o Reiner Gropp, Nordstr. 118,
47798 Krefeld – 02151-787980

ver.di NRW stellt zur Diskussion:

Kommunale Beschäftigungspolitik nach Hartz

Neben der Unterstützung von Protesten gegen Leistungskürzungen und faktischem Zwang zu (Zeit)Arbeit um jeden Preis ergeben sich aus der rot-grünen Umsetzung der Hartz-Vorschläge weitreichende Folgerungen für kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, zu denen wir Positionen und Vorschläge entwickeln müssen.

Dabei geht es aus meiner Sicht vor allem um die Frage, wie eine beschäftigungsorientierte kommunale Wirtschaftspolitik über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen hinaus aussehen kann, aber auch um die direkten Konsequenzen, die sich aus den Hartz-Gesetzen für die Kommunen ergeben.

Als Einstieg in die notwendige Debatte dokumentieren wir hier Auszüge aus einem Diskussionspapier des ver.di Landesvorstandes NRW. Bei der Auswahl haben wir uns vor allem an den oben angesprochenen Problemen leiten lassen, die für viele Neuland sind. – Weggelassen haben wir so – schweren Herzens – zustimmungsfähige allgemeine Überlegungen wie auch den weitgehend mit Positionen der PDS übereinstimmenden Teil mit der Forderung nach einem kommunalen Investitionsprogramm, aber auch problematische Forderungen nach kommunalen Bündnissen für Arbeit und zur Kooperation der Kommunen im Ruhrgebiet. Der vollständige Text kann auf der Internetseite von ver.di heruntergeladen werden.

Wolfgang Lindweiler

(Aus: PDS Landesinfo NRW, 1/2003)

Kommunale Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik – Chancen und Grenzen

von: Edgar Fischer, Raimund Echterhoff, Wolfgang Herbertz

Die Kommune als Dienstleisterin und Arbeitgeberin

Materielle Privatisierungen (Übertragung an Private), formale Privatisierungen (Wechsel zu einer privaten Rechtsform) und Fremdvergaben gehen in den meisten Fällen mit der Senkung der Löhne und Gehälter, dem Abbau von Beschäftigung und sinkender Dienstleistungsqualität für Bürgerinnen und Bürger einher. Die als hochinnovativ gehandelten Modelle der öffentlich-privaten Zusammenarbeit (ppp-Modelle) verursachen Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Zwar fließt im Verkaufsjahr Geld in die kommunale Kasse, in den Folgejahren steigen jedoch, wie wir jetzt feststellen können, die Sachkosten im Verwaltungshaushalt an. (...) Ökologische und soziale Kernfragen des kommunalen Wirtschaftens sind der politischen Kontrolle entzogen. So spielt zum Beispiel die Möglichkeit, in kommunalen Betrieben Leistungsgeminderte und Strukturanpassungsopfer zu beschäftigen, kaum noch eine Rolle in der öffentlichen Diskussion ...

Was ist zu tun?

Kurzfristig geht es darum, die Schwächung der Leistungskraft der Kommunalverwaltung zu beenden. Politik und Verwaltung müssen:

- Den Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen stoppen!
- Mindestens eine Ausbildungsquote von zehn Prozent realisieren!
- Überstunden durch Neueinstellungen abbauen!

Mittelfristig geht es um die Sicherstellung eines bedarfsgerechten öffentlichen Dienstleistungsangebotes. In den Kommunen muss unter breiter Beteiligung von BürgerInnen und Beschäftigten die Zukunft der Stadt diskutiert werden (zum Beispiel Lokale Agenda 21). Mit dem Leitbild einer sozial gerechten und

ökologischen Stadt wird auch das Dienstleistungsangebot der Kommune transparent und nachvollziehbar. (,,)

Die Kommune als Gestalterin der lokalen Arbeitsmarktpolitik

A. Kommune, Wirtschaft und Gewerkschaft gemeinsam

- Starke kommunale Wirtschaftsbetriebe dürfen nicht länger nur als Konkurrenz betrachtet werden – sie können örtliche Wirtschaftskreisläufe erhalten oder aufbauen!

- Kommunal abhängige oder operierende Finanzinstitute (Sparkassen und Genossenschaftsbanken) müssen verpflichtet werden, die Kreditmöglichkeiten für KMU auszuweiten, entsprechende Gründungsprojekte selbst aufzulegen und sie zu begleiten!

- Auch die Kommunen dürfen GründerInnen nicht nur starten helfen, sondern müssen sie über 2 bis 5 Jahre (Unterstützung in direkter Abhängigkeit von der geschaffenen Zahl der Arbeitsplätze) begleiten! ...

- Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) aufbauen: Viele Arbeitslose haben ernsthaft im ersten Arbeitsmarkt keine Chancen mehr. Wenn die Gesellschaft sie nicht einfach abschreibt, müssen sie eine Anstellung in Bereichen bekommen, die soziale, kulturelle oder ökologische Aufgaben erledigen, die bisher nicht erfüllt werden. Wenn wir uns nicht weiter in die Tasche lügen wollen, muss dieser ÖBS dauerhaft öffentlich finanziert werden.

- Die Rolle der Kommunen als Moderatoren vor Ort muss gestärkt werden. Ziel ist es insbesondere lokale und regionale Kooperationsprozesse und Vernetzungsstrukturen über fachpolitische und/oder Verbändegrenzen hinweg zu fördern.

B. Beschäftigung durch die Kommune

- Alle Fördermittel und Initiativen müssen allein an ihren Beschäftigungseffek-

ten gemessen werden!

- Stoppt den Missbrauch: keine Vernichtung regulärer, tarifierter Arbeitsplätze durch ASS-Kräfte, keine Verdrängung qualifizierter FacharbeiterInnen durch Hilfskräfte! Stattdessen: Aufbau regulärer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt!

- Verhinderung von Mitnahmeeffekten – Arbeitsplätze, die ohnehin geschaffen worden wären, werden noch subventioniert.

- Kein „aus der Statistik – aus dem Sinn“! Auch SozialhilfeempfängerInnen in Maßnahmen brauchen eine qualifizierte Begleitung!

- Kein Arbeitsplatzabbau durch Verlagerung der Arbeit auf BürgerInnen. Ehrenamtliches Engagement von Bürgern ist wünschenswert. Es kann aber nur sinnvoll auf eine qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungsinfrastruktur aufsetzen. Dienstleistungsprozesse werden dann zur produktiven Interaktion zwischen Bürgern und Verwaltung/Politik und somit zu einem wesentlichen Element lokaler Demokratie ...

Die Hartz-Kommission hat eine wichtige Frage aus ihren Überlegungen ausgeklammert. Wie werden die Neuerungen finanziert, das heißt wie gestaltet sich das zukünftige Verhältnis zwischen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe? Die Frage soll die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen lösen. Für ver.di kommt es hier darauf an, weitere Abwälzungen der Folgekosten der Massenarbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe zu verhindern. Im Job Center bildet sich ein neuartiger verwaltungs- und trägerübergreifender Dienstleistungsprozess heraus, der gewerkschaftspolitisch zu begleiten ist.

Dienstleistungen der Kommunalverwaltungen gehen in unterschiedlicher Weise in diesen Prozess ein:

- Die Kommune stellt planende und koordinierende Dienstleistungen zur Verfügung, die die Vernetzung unterschiedlichster Dienstleister im Rahmen übergreifender sozialplanerischer Zielsetzungen unterstützen.

- Eine zentrale Koordinierungsstelle in kommunaler Hand steuert qualitativ (zum Beispiel Zielvereinbarungen, Qualitätsmanagement) und quantitativ (Bedarfsplanung, Steuerung der Mittelvergabe). Außerdem gewährleistet sie den regionalen Diskurs aller Beteiligten. Wo möglich und sinnvoll, sollten vorrangig gemeinwohlorientierte Einrichtungen in Kooperationsprozesse einbezogen werden.

- Die fallbezogene Vernetzung von Leistungen erfolgt durch „kommunale“ Fall-Manager, damit ein „unabhängiger“ Klientenbezug jenseits der Geschäftsinteressen von Maßnahmeträgern gewährleistet bleibt.

- Operative Dienstleistungen der Kommunen (zum Beispiel aus den Feldern Sozial- und Jugendhilfe oder Gesundheitsberatung) sind Bestandteile des operativen Prozesses der aktiven Hilfe.

Nach Arbeitniederlegung und Verhandlungen

Global Player DaimlerChrysler stößt an Grenzen

Ein Schock für die Belegschaft des Mannheimer DaimlerChrysler-Werkes war die Ankündigung des Unternehmens, die Kabelsatzfertigung (800 Beschäftigte) aus Kostengründen in die Ukraine zu verlagern. Betriebsrat und IG Metall forderten sofortige Verhandlungen über einen Interessenausgleich mit Sozialplan, deren Bestandteil ein Zukunftskonzept sein sollte.

Die Verhandlungen kamen jedoch so richtig erst nach einer Arbeitsniederlegung im Mannheimer Werk am 22.11.02 in Fahrt. Am 3. Dezember erfolgte schließlich die Unterzeichnung einer Vereinbarung, die von Ersatzbeschäftigung ebenso wie vom Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen handelt (siehe unten).

Die Schließung bzw. Verlagerung des Kabelsatz-Baus konnte nicht verhindert werden; denn, so der Vertrauenskörperleiter H. Narr: „Wir hatten keine faire Chance. Entlohnungen wie in Tschechien oder der Ukraine werden wir, die Mannheimer Benzler, heute und auch in Zukunft in keiner Form akzeptieren können und wollen.“

Immerhin aber soll es für fünf Jahre keine diesbezüglichen Entlassungen geben – die Vereinbarung ist geprägt vom Bemühen, dem Arbeitsplatzverlust oder -ersatz Vorrang vor Abfindungen zu geben. Weitere umstrittene Kostensenkungsprogramme, wie z.B. in der Gießerei, werden jedoch weiterverfolgt und ggf. eigenständig geregelt.

tht (Aus: KI Mannheim)

DaimlerChrysler Mannheim:

Vereinbarung zur Behebung der Beschäftigungsprobleme im Bereich PowerSystems (POS)

Werkleitung und Betriebsrat des POS-Werkes Mannheim treffen zum für Mitte 2004 geplanten Auslauf der Kabelsatzfertigung folgende Rahmenregelung, um die dadurch entstehenden Beschäftigungsprobleme zu lösen.

1. Die Beschäftigungsprobleme des Bereichs Powersystems im DaimlerChrysler Werk Mannheim werden zu keinen betriebsbedingten Kündigungen führen. Das Unternehmen verzichtet auf Anspruch betriebsbedingter Kündigungen bis zum 31.12. 2007.

2. Dazu ist es zwingend notwendig, neue Beschäftigung am Standort Mannheim zu etablieren. Der Vorstand des Unternehmens, bzw. die von ihm Beauftragten verpflichten sich, schnellstmöglich die hierzu notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Es wird zugesagt, alles zu unternehmen,

um mit zukunftssträchtigen wettbewerbsfähigen Geschäftsaktivitäten (gegebenenfalls auch aus dem PKW-Bereich) das nach Realisierung der beabsichtigten Personalanpassungsmaßnahmen verbleibende Beschäftigungsdelta zu kompensieren. Gemeinsames Ziel ist es, spätestens mit dem Auslauf der Kabelsatzproduktion den Aufbau neuer Beschäftigung zu realisieren.

3. Sollte dies – aus welchen Gründen auch immer – nicht oder nicht rechtzeitig gelingen, so verpflichtet sich das Unternehmen, in geeigneter Form Auffangstrukturen für die Betroffenen zu schaffen. Hierzu kann ein entsprechender Anbieter eingeschaltet und die Beteiligung des Arbeitsamtes genutzt werden. Ist dies nicht möglich, wird DaimlerChrysler eine Auffanglösung (ggf. unter Nutzung von Kurzarbeit) schaffen.



Erfolgreicher Streik

Eichbaum wieder tarifgebunden

Die Gewerkschaft NGG hatte am 23.12.2002 die Eichbaum-Brauerei aufgefordert, nach deren Austritt aus der Brauerei-Tarifgemeinschaft Verhandlungen über Haustarifverhandlungen aufzunehmen.

Diese sollten am 15.01.03 stattfinden. Die Unternehmensleitung weigerte sich jedoch kurzfristig, an den Verhandlungstisch zu gehen. Sie wolle sich durch eine für den Nachmittag angesetzte Betriebsversammlung nicht unter Zeitdruck bei den Verhandlungen setzen lassen. Die Gewerkschaft NGG erklärte die Verhandlungen daraufhin für gescheitert und leitete sofort die Urabstimmung über Streik ein.

Die Urabstimmung vom 16.01. hatte folgendes Ergebnis: 80,1 % der Gewerkschaftsmitglieder sprachen sich für einen Streik aus. Dies, obwohl die Situation

während der ganztägigen Urabstimmung dadurch eskalierte, dass Beschäftigten von Eichbaum-Vorgesetzten gedroht wurde, im Falle einer Abstimmung für Streik den Logistikbereich mit ca. 70 Beschäftigten auszugliedern.

Die Gewerkschaft NGG rief ihre Mitglieder 17. Januar 2003 ab 05.30 Uhr zum Streik auf.

Der Vorstand wurde aufgefordert, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten und gleichzeitig ein akzeptables Angebot für die Beschäftigten vorzulegen. Die Gewerkschaft NGG erklärte sich ihrerseits zu sofortigen Verhandlungen bereit.

Die Reaktion des Vorstandes ließ nicht lange auf sich warten: Er erklärte sich für Samstag, den 18.01.2003, 9.00 Uhr verhandlungsbereit.

Nach zehnständigen Verhandlungen war es dann am Abend des Samstags so



Spätestens nach 24 Monaten soll für alle betroffenen Mitarbeiter/innen ein zumutbares Arbeitsplatzangebot im Werk Mannheim unterbreitet werden.

4. Ein Teil der erforderlichen Personalanpassungsmaßnahmen soll z.B. durch – verstärkte Nutzung von Altersteilzeit – zeitweise Abordnungen in andere DC-Werke in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz

– Versetzungen innerhalb des POS-Werkes Mannheim

– Aufhebungsvereinbarungen sowie Frühpensionierungen

– Kurzarbeit

– Dauerhafte Vermittlung in andere DC-Werke

– Arbeitszeitverkürzung

erfolgen. Eine eventuell notwendig werdende kollektive Arbeitszeitverkürzung gilt als ultima ratio. Der Betriebsrat wird die Beteiligten aktiv unterstützen.

5. Es wird angestrebt, alle künftigen Personalbedarfe, einschließlich der aus den neuen Geschäftsaktivitäten, vorrangig den überhängigen Mitarbeitern aus der Kabelsatzfertigung bzw. aus der Aufbaufabrik anzubieten. Die dort verbrachten Zeiten werden als DaimlerChrysler-Dienstzeiten angerechnet und sichern die Ansprüche auf alle betrieblichen Leistungen, inklusive Jahreswagen und betriebliche Altersversorgung etc.

6. Es besteht Einvernehmen darüber, dass alle Auszubildenden, die ihre Ausbildung bis zum 31.12.2005 erfolgreich beenden, in ein unbefristetes Dauerarbeitsverhältnis innerhalb der DaimlerChrysler AG übernommen werden.

7. Die unterbrochenen Verhandlungen über einen Interessenausgleich und Sozialplan einschließlich der notwendigen Informationsweitergabe werden mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung unverzüglich fortgeführt. Die materiellen

Konditionen für den Sozialplan (z.B. Ausscheidenskonditionen bei Frühpensionierungen etc.) setzen auf den bisherigen unternehmensüblichen Regelungen auf und sollen der besonderen regionalen Arbeitsmarktlage entsprechend angepasst werden.

Die Interessenausgleichsbestimmungen sollen vordringlich beschäftigungssichernde Elemente umfassen. Nach Möglichkeit ist ein Abschluss noch bis zum Jahresende 2002 angestrebt.

8. Des weiteren erklärt das Unternehmen, dass außer den bekannten Themen wie z.B. Auslauf der Kabelsatzfertigung, Projekte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (STEP, Auf-Mannheim, DCPS, Kaizen) keine weiteren Planungen mit negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung im POS-Werk Mannheim bestehen.

Für die beabsichtigten Kostensenkungsmaßnahmen im Bereich der Gießerei erfolgt eine gesonderte Unterrichtung des Betriebsrats sowie – soweit notwendig – eine ergänzende Vereinbarung.

9. Werkleitung und Betriebsrat sind sich darüber einig, dass die vorstehenden Regelungen auf Basis der heutigen Markt- und Wirtschaftslage getroffen werden. Bei gravierenden Abweichungen von der Produktionsplanung oder bei gravierender Änderung dieser Rahmendaten bzw. bei nicht gegebener Wettbewerbsfähigkeit erklären sich beide Parteien bereit, in Verhandlungen über eine einvernehmliche Anpassung der hier beschriebenen Regelungen einzutreten.

10. Alle Beteiligten gehen davon aus, dass mit dieser Vereinbarung und dem noch abzuschließenden Interessenausgleich und Sozialplan den beschäftigungspolitischen Bemühungen des Betriebsrates und der Werkleitung Rechnung getragen werden kann.

Mannheim. 3. Dezember 2002



weit: Folgendes Ergebnis wurde erzielt:

- Für dieses Jahr Nullrunde,
- im Gegenzug Beschäftigungsgarantie bis zum 31. Oktober 2003,
- für 2004 Lohnerhöhung von 2,8 Prozent,
- teilweise Veränderungen beim 13. Monatsgehalt.

In einer Urabstimmung sprachen sich am Montag 92,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für diese Haustarifvereinbarung aus.

(tht – Quelle: PEn der Gewerkschaft NGG Verwaltungsstelle Rhein-Neckar, MorgenWeb), Aus: KI Mannheim

US-Handelskammerpräsident beklagt Deutschlands kränkelnde Wirtschaft.

HB, Mittwoch, 15.1.03. „Hohe Unternehmensbesteuerung, hohe Arbeitskosten, zuviel Bürokratie und geringe Produktivität beklagt G. Litman, Chef der Europa-Abteilung der US-Handelskammer in Washington. Die Wiedervereinigung sei alles andere als ein rauschender ökonomischer Erfolg gewesen, Deutschlands Standortimage für ausländische Unternehmen angekratzt. Die Vertretung des BDI und des DIHT in Washington sieht allerdings keine Nachteile für den Absatz der Güter und Dienstleistungen auf dem US-Markt.

Clements „Masterplan Bürokratieabbau“ fordert Abbau von sozialen Rechten heraus.

Wirtschaftsminister W. Clement hatte im Dezember 2002 von den Arbeitgeberverbänden Vorschläge zum Bürokratieabbau – Anregungen für den Abbau administrativer Hemmnisse – angefordert. Statt hierzu Vorschläge zu machen wollen sie eine Diskussion über Arbeitsrecht und Sozialsysteme entfachen. BDA, BDI und DIHT hatten sich vor allem für den Abbau des Kündigungsschutzes und der betrieblichen Mitbestimmung ausgesprochen sowie den Abbau des Anspruchs auf Teilzeitarbeit gefordert.

Pharmaindustrie macht Druck gegen Aut-Idem-Gesetz.

HB, Donnerstag, 23.1.03. Laut einer Zwischenbilanz des Bundesverbandes der Arzneimittelhersteller (BAH) ist die Sparpolitik der Sozialministerin U. Schmidt weit wirkungsvoller als prognostiziert. Sparziel waren 220 Mill. Euro pro Jahr. Die Aut-Idem-Regelung, nach der Apotheker unter wirkstoffgleichen Medikamenten nur noch solche im unteren Preisdrittel auf Rezept geben sollen, werden die Kassen bereits dieses Jahr um 225 Mill. Euro entlastet, obwohl erst ca. die Hälfte der in Frage kommenden Medikamente durch Aut-Idem erfasst worden waren. „Konservativ geschätzt dürfte sich der Spareffekt am Ende auf 300 Mill. Euro belaufen“, so BAH-Experte H. Korland. Erreicht wird der Effekt allein dadurch, dass die Hersteller ihre Preise massiv senken. Das Bundesverfassungsgericht wies drei Eilanträge des größten deutschen Pharmahändlers, von vier Apothekern und drei Zahn Technikern gegen das Beitragssicherungsgesetz zurück. Allerdings reichte die CDU-/FDP-Landesregierung Baden-Württemberg jetzt auf Drängen des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie eine Normenkontrollklage in Karlsruhe gegen das Gesetz ein, der das Saarland beitreten will.

Presseauswertung: rst

Der Junge Welt-Redakteur Rainer Rupp und zehn weitere Mitglieder sind aus der saarländischen PDS ausgetreten.

Sie verlangen auf der Landesversammlung von Gabi Zimmer den Austritt der PDS aus den Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Diesmal hat sich Rainer Rupp so richtig verstiegen. Die *Junge Welt* dagegen konnte mal wieder richtig auf die Pauke hauen:

„Mit ihrer Rede, in der sie die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung geißelte und erneut die ablehnende Haltung der PDS zum drohenden US-Angriff gegen Irak unterstrich, konnte Gabi Zimmer viele der auf dem Landesparteitag der PDS-Saar am Samstag anwesenden Genossen nicht überzeugen. In der nachfolgenden lebhaften Diskussion wurde deutlich, daß viele von der PDS-Vorsitzenden eine klare Kritik der Regierungskoalitionen der PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erwartet hatten. Denn nicht weniger als die Glaubwürdigkeit der gesamten PDS stehe auf dem Spiel, wenn trotz Krieg und Sozialabbau die Regierungskoalitionen mit der SPD beibehalten würden ...

Die nun zu Ex-Mitgliedern Gewordenen erklären in einer schriftlichen Begründung ihres Parteiaustritts: „Viele von uns verbanden mit dem Eintritt in die PDS den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Auch wenn der Begriff Sozialismus unterschiedlich besetzt ist, war uns jedoch klar, dass der Kampf hierfür nur in Opposition zum bestehenden System geführt werden kann, nicht in Koalition mit kriegführenden, herrschaftssichernden Organisationen“. Die überwiegend jungen Leute, die die PDS verlassen haben, wollen jetzt ein Netzwerk junger Genossen aufbauen. Als Hauptproblem der PDS sehen die Ausgetretenen die politischen Diskrepanzen zwischen Ost- und West-PDS, die „auch auf Dauer nicht überbrückbar“ seien. In der Ost-PDS sei die Arbeit von dem Wunsch getragen, im „bestehenden System integriert“ und akzeptiert zu werden. Angesichts dieser Gegensätze könne die PDS „unmöglich als bundesweite, theoretisch wie praktisch agierende“ gesellschaftliche Alternative vermittelt werden, heißt es in der Austrittserklärung.“ (*Junge Welt*, 20.1.03)

Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Hans-Kurt Hill, ein 52-jähriger Kaufmann aus Heusweiler, gewählt. Tülin Arslan (Saarbrücken) ist stellvertretende Landesvorsitzende.

PDS und FKP rufen zum Widerstand gegen den Krieg auf: *Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Gabi Zimmer, und der Nationalsekretärin der*

Französischen Kommunistischen Partei (FKP), Marie-George Buffet

In Deutschland wie in Frankreich und im übrigen Europa und in vielen anderen Ländern auf allen Kontinenten ist die Öffentlichkeit in ihrer Mehrheit gegen einen Krieg im Irak eingestellt.

Überall wenden sich mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger, Bewegungen und Manifestationen mit aller Entscheidung gegen eine solche Aussicht.

Auch die Mitglieder und Sympathisanten der PDS und der FKP leisten in ihren Ländern einen aktiven Beitrag zu dieser Antikriegshaltung, teilen das Streben der Völker nach einer Welt des Friedens, der Gerechtigkeit und der Demokratie und wirken mit zahlreichen anderen Kräften zusammen für dessen tatkräftiges Umsetzung.

Gemeinsam rufen wir die verantwortlichen Politiker in unseren Ländern auf, sich dem Krieg kategorisch zu widersetzen und alle notwendigen Initiativen zu ergreifen, um ihn zu verhindern, sich – auch mit Hilfe des Vetorechts durch Frankreich und durch ein aktives Nein Deutschlands im UN-Sicherheitsrat – gegen jede Entscheidung oder Resolution des UNO-Sicherheitsrates zu wenden, mit der unter dem Druck der USA ein rechtswidriges und gefährliches militärisches Abenteuer legitimiert oder autorisiert werden soll.

Diese Zeit höchster Gefahr des Ausbruchs eines Krieges gegen den Irak mit ungeahnten Folgen für alle Völker und die gesamte Welt ist für die Europäer und besonders für Deutsche und Franzosen, deren Länder heute den 40. Jahrestag ihres Freundschaftsvertrages feiern, ein besonderer Anlass, ihren Willen zu demonstrieren, bei der Lösung der großen Fragen unserer Zeit eine eigenständige und positive politische Rolle zu spielen. Eine Rolle, die den in sie gesetzten Erwartungen in einer Welt entspricht, da Sicherheit, Entwicklung und Multilateralismus, d. h., die Achtung und Verteidigung des Völkerrechts und der internationalen Institutionen, aus den Lehren des verheerenden Zweiten Weltkriegs heraus entwickelt, in besonderem Maße gefragt sind.

Regionale Basiskonferenzen

Entsprechend dem Beschluss des Geraer Parteitages finden regionale Basiskonferenzen statt. Sie werden in Abstimmung mit den Landesverbänden bis Mai durchgeführt.

Fünf Konferenzen

1. Bayern, Sachsen, Thüringen: 5. April 2003, Nürnberg oder Gera
2. Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: 26. April oder 17. Mai 2003, Frankfurt/Main
3. Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen (Hannover)
4. Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig Holstein: (Schwerin)

5. Berlin, Brandenburg: 24. Mai 2003, Berlin oder Potsdam

Ablaufvorschlag:

- 11 Uhr: Begrüßung durch Landesvorsitzenden
- 11 bis 11.45 Uhr: Referat „Zu den gegenwärtigen und strategischen Aufgaben der PDS“; Referentin: Gabi Zimmer, Parteivorsitzende oder Uwe Hicksch, Bundesgeschäftsführer, oder Stellv. Parteivorsitzende
- 11.45 bis 13.30 Uhr: Vorstellung Aktionsserien (je ca. 15 Minuten); hier: Arbeitsmarkt, Gesundheit, Steuern, Irak; ReferentIn: Zuständiges PV-Mitglied; Nachfragen
- 13.30 bis 14.15 Uhr: Pause
- 14.15 bis 16 Uhr: Diskussion; Nachfragen
- Ende der Veranstaltung ca. 16 Uhr

Planung für das Wahlprogramm zur Europawahl 2004

1. Strukturen für Erstellung des EP-Wahlprogramms

Als Grundlage für die Erstellung des EP-Wahlprogramms wird der Schwerpunkt-Arbeitskreis „Europapolitik“ in der 3. Kalenderwoche 2003 an alle IG/AG/Plattformen/Fraktionen (Europapolitische Sprecher)/ PDS-Gruppe im EP/MdB einen grundlegenden Brief mit Fragen zu Schwerpunkten und Inhalten für ein Wahlprogramm schreiben. Antworten darauf sowie europapolitische Aspekte und Positionen aus den jeweiligen Politikbereichen sollen bis 15. Februar 2003 vorgelegt werden.

Der Schwerpunkt-Arbeitskreis „Europapolitik“ schlägt am 13. Januar 2003 eine Redaktionsgruppe unter der Leitung des Europapolitischen Sprechers des Parteivorstandes Uwe Hicksch für die Erstellung eines EP-Wahlprogramms vor.

Auf der EU-Klausur am 21./22. Februar 2003 (PDS-Gruppe im EP, europapolitische SprecherInnen der LT, Schwerpunkt-Arbeitskreis des Parteivorstandes, AG EU) wird eine Grundstruktur für das EP-Wahlprogramm besprochen. Der Schwerpunkt-Arbeitskreis stimmt mit der Gruppe der PDS-Abgeordneten im EP eine Terminliste für die Beratung von Schwerpunkten für ein EP-Programm ab. Die Abgeordneten werden gebeten, für alle Schwerpunkte inhaltliche Thesenpapiere vorzulegen.

Der Parteivorstand wird sich auf seiner Tagung am 22. 2. mit europapolitischen Aspekten, insbesondere längerfristigen Herausforderungen, die sich aus der Debatte über die Zukunft Europas (EU-Konvent etc.) und der Notwendigkeit der Gestaltung des Beitrittsprozesses von zehn weiteren Staaten zur EU ergeben, beschäftigen. Entsprechende Fragestellungen werden durch die AG EU vorbereitet.

Zusammenstellung: jöd

Kritische Wissenschaft

Ein Beitrag von Philip Bauer

Der Kurt-Eisner-Verein Bayern hat in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem AStA der Universität München die Veranstaltungsreihe „Kritische Wissenschaft“ ins Leben gerufen, ein nicht nur für München und Bayern interessantes Projekt.

Findet etwas zum zweiten Mal unter einem gemeinsamen Obertitel statt, sprechen optimistische Zeitgenossen von einer Veranstaltungsreihe, Phantasten nennen es vielleicht den Versuch hegemoniale Strukturen aufzubauen, wir wollen einfach mal von zwei kleinen Veranstaltungen zu kritischer Wissenschaft mit noch ungeklärtem Potential sprechen.

Seit Max Horkheimer werden kritische und traditionale Theorien unterschieden.¹ Kritische Theorie geht davon aus, dass Begriffe und Theoriekonstruktion unentrinnbar Teil der Gesellschaft sind, in der sie entstehen, und keinen „objektiven“, von außen kommenden Blick auf den theoretisch bearbeiteten Gegenstand erlauben. Die Marxsche Theorie gilt als Prototyp kritischer Theorie. Traditionale Theorie dagegen bildet Hypothesen über eine als objektiv unterstellte Wirklichkeit und versucht die Hypothesen zu verifizieren oder zu falsifizieren. Prototypisch sind naturwissenschaftliche Ansätze, nach deren Muster dann auch politische und soziologische Theorien konstruiert wurden.

Während kritische Theorien von einem dialektischen Zusammenhang zwischen erkennendem Subjekt und erkanntem Objekt ausgehen, unterstellen traditionale Theorien eine vom Subjekt unabhängige Objektivität ihres jeweiligen Gegenstands. Kritische Theorien sind daher nicht ohne weiteres empirisch kritisierbar. Im Kapitel über den Fetischcharakter der Ware begründet Marx, warum scheinbare Tatsachen gesellschaftliche Beziehungen verbergen. Traditionale Theorien behaupten darüber hinaus wertneutral zu sein, kritische Theorie bestreitet die Möglichkeit von wertneutralen Aussagen. Allen Texten liegen begründungsbedürftige normative Vorstellungen zu Grunde, die dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang entstammen – diesem Text erst recht.

Soweit so schlau, doch wird so etwas nicht in jedem zweitklassigem Seminar gelehrt? Keineswegs. Im Zuge des neoliberalen Umbaus des Bildungssystems sind die Universitäten wieder auf dem Weg, sich konsequent und ohne störende Elemente ausschließlich ihrer originären Aufgabe zuzuwenden: der Reproduktion der herrschenden Verhältnisse. Mit der Ausbildung des Führungskräfte-

wuchses, der sich meist aus den Sprösslingen der herrschenden Elite rekrutiert, werden auch Trends, Ideologien und „wissenschaftliche“ Wahrheiten erarbeitet, die ihren Weg vom Hörsaal auf die Straßen finden. Gerade das Credo von der „Objektivität der Wissenschaft“ bewirkt, dass deren „Erkenntnisse“ meist unhinterfragt als „wissenschaftlich“ und daher „wahr“ akzeptiert werden. Auch die meisten Studierenden haben heute kein Interesse daran, sich kritisch mit dem Lehrstoff auseinanderzusetzen: Was von den Kathedern erklingt, ist die Wahrheit in ihrer reinsten Form.

Es ist eine traurige Tatsache, dass sich in München, einer Stadt mit ca. 60.000 Studierenden, keine dauerhaften Strukturen gebildet haben, die diesem bürgerlichen Mainstream, der den wissensdurstigen Geistern an den Hochschulen eingetrichtert wird, entgegentritt. Nicht dass AStA und Fachschaften nicht aufgehehen, wenn aus den Talaren wieder mal der Muff des Tausendjährigen Reiches riecht oder aus dem Paarungsverhalten seltener Schmetterlinge auf die Notwendigkeit irgendeiner „Weißen Rasse“, sich nur noch untereinander zu paaren, abgeleitet wird – nicht zuletzt hat der AStA das Buch „Alte Herren – Neue Rechte“ (Unrast-Verlag Münster, 2002) herausgegeben, in dem Beispielen und Ursachen auf den Grund gegangen wird. Auch soll keineswegs bezweifelt werden, dass es in München Veranstaltungen gibt, die mit dem Anspruch wissenschaftlicher Genauigkeit politische Themen angehen.

Was fehlt, sind konkrete Hilfestellungen für Studierende, die hinter die Kulissen der heiligen Welt der Wissenschaft blicken wollen, ohne gleich mit einer zentralen Rolle bei der Durchführung der Revolution betraut zu werden.

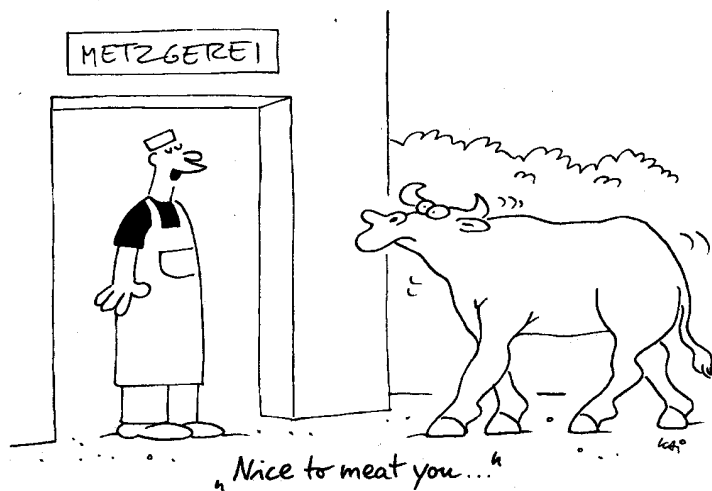
Der Kurt-Eisner-Verein hat aus diesem Grund in Kooperation mit der Rosa-

Luxemburg-Stiftung und dem AStA die Reihe „Kritische Wissenschaft“ ins Leben gerufen.

Die Ziele dieser Veranstaltungen sind

- die Kritische Analyse von gesellschaftlicher Funktion, den verwendeten Methoden und – besonders wichtig – der Geschichte des jeweiligen Faches
- das gemeinsame Erarbeiten von progressiven Positionen und Methoden
- die Vernetzung kritischer WissenschaftlerInnen und Studierender sowie die Vermittlung von Informationen über bestehende linke Netzwerke, Zeitschriften und Studienmöglichkeiten
- die Erarbeitung fächerübergreifender Perspektiven für kritische Wissenschaft

Im Juli 2002 fand zunächst ein Wochenendseminar zur Kritischen Psychologie statt. Der eingeladene Referent Prof. Klaus Weber versuchte an den zwei Tagen auch den anwesenden NichtpsychologInnen die Prinzipien der kritischen Psychologie als Subjektwissenschaft in ihren theoretischen Grundlagen und anhand von Beispielen aus der Praxis zu vermitteln.² Im November 2002 fand nun als zweites eine Veranstaltung zur Kritischen Medizin statt, zu der Dr. Anna Bergmann aus Berlin anreiste. Medizin eignet sich aus vielerlei Hinsicht für eine kritische Herangehensweise. Nicht nur, dass – was Linken wohl als erstes einfallen würde – nachgefragt werden kann, welche vielfältigen Profitinteressen hinter dem Umbau des Gesundheitswesens stehen. In nahezu allen Bereichen der Medizin, ob bei der Forschung und Entwicklung von neuen Medikamenten und Therapiemethoden, bei der praktischen Anwendung und Vermarktung, bei der Finanzierung der Krankenkassen und der Privatisierung des Versicherungswesens, der Pharmaindustrie und Medizingeräteindustrie geht es um für Laien schwer durchschaubare Interessensgeflechte



und einen Haufen Geld. Im Vordergrund unseres Seminars stand jedoch eine grundlegendere Sache als die Unterwerfung der Medizin unter die Verwertungslogik.

Wer mit einem kulturkritischen Blick die Medizingeschichte bis in die frühe Neuzeit zurückverfolgt, gewinnt erstaunliche Einsichten: Die Geschichte der Chirurgie beginnt mit dem Aufkommen des Henkers, der für sein Handwerk anatomisches Wissen benötigte, um Glieder brechen zu können, Augen auszusteichen oder den Körper vierzuteilen. Den Henker könnte man so als den ersten professionellen Anatomen des ausgehenden Mittelalters und der frühen Neuzeit kennzeichnen. In Preußen wurde 1710 ein regelrechtes Staatsexamen für die Ablegung seines „Meisterstücks“ eingeführt. In Gegenwart von Magistraten, Ärzten und Chirurgen prüfte ein Scharfrichter die Qualifikation des Hängens, Räderns und anderer Todesstrafen. Die „Folter-“ und „Tötungskunst“ des Henkers brachten es mit sich, dass die Medizin nicht irgendeine Nebenbeschäftigung der Scharfrichter war, sondern einen mit ihrem Beruf gleichrangigen Bereich darstellte. Scharfrichter waren wegen ihrer Heilkunst und chirurgischen Kenntnisse in allen Schichten hoch angesehen. So machte z.B. der Scharfrichter Martin Colblentz (geb. 1660) nach seiner zwanzigjährigen Berufspraxis seit 1702 in Berlin als Königlich preussischer Leibarzt am Hofe des „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) Karriere, nachdem er über 100 Menschen hingerichtet hatte. Der Henker sezierte, verarbeitete die Körper von Hingerichteten und transformierte sie in Therapeutika. Aus Tötungsritualen gewann er Reliquien, denen man eine besondere Heilkraft zusprach.

Die enge Verbindung der Hinrichtungsrituale mit der Medizin verdeutlicht auch die Übernahme des aus der Folterprozedur hervorgegangenen Begriffs des „Patienten“³ und die Kleidungsordnung. Denn nicht nur der „Patient“ des Henkers trug ein weißes Hemd, sondern neben der roten, war auch die weiße Robe ein Kennzeichen der scharfrichterlichen Berufskleidung – im 20. Jahrhundert ein weltweit übliches Charakteristikum des Ärztegewandes, das die symbolische Ordnung der Reinheit in der Medizin signalisiert und die „reine Weste“ dieses Metiers demonstriert.

Dieser Zusammenhang blieb der Bevölkerung nicht verborgen. Die Göttinger Bevölkerung begegnete den Anatomieprofessor Johann Wilhelm Albrecht (1703–1736) mit soviel Angst, wie dies bis dahin nur im Umgang mit dem Henker üblich war. Ein Chronist resümiert, es fehle ihnen die „wissenschaftliche Kultur so sehr, daß man einen Zergliederer von dem Abdecker nicht unterschied: daß man dem ersten Professor der Anatomie, Albrecht, das Schimpfwort, Menschen-schinder, nachrief, und kaum jemand sich

durch Geld bewegen ließ, diesem Lehrer Wasser und Holz zuzutragen, und Feuer anzumachen“.⁴ Nach dem Begründer der Anatomie in Jena, Werner Rolfs (1599–1673), hatte sich der Begriff „rolfs“ etabliert. Das Rolfs – also die anatomische Leichenzergliederung – fürchteten zum Tode Verurteilte mehr als Folter und Hinrichtung: „Als Professor Rolfs in Jena 1629 sich die Geheukten zur Zergliederung ausbat, wurde das Volk so aufgebracht, dass es ihn auf der Strasse mit Steinen warf, und die armen Sünder aus Furcht vor dem anatomischen Messer vor ihrer Hinrichtung sich noch als einzige Gnade flehentlichst ausbaten, man möge sie nicht rolfsen [...] Die Wuth des Pöbels blieb im Anfange des 18. Jahrhunderts diesselbe; man stürmte die Anatomien in Lyon und Berlin und verfolgte die Professoren unter Todesgefahr.“⁵

Auch zieht es sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Medizin, dass für die Leichenzergliederung – und seit dem 19. Jahrhundert für den Menschenversuch – ausschließlich Bevölkerungsgruppen in Frage kamen, die entweder als randständig galten (z.B. Gefängnisinsassen, zum Tode verurteilte Verbrecher, Prostituierte, Patienten und Patientinnen in Irrenanstalten, Arme sowie Kinder in Waisenhäusern) oder Menschen, die aus anderen Kulturen, Ethnien, Ländern oder Regionen stammten: z.B. kriegsgefangene Soldaten, Leichenraub und Menschenexperimente in Kolonialgebieten, Konzentrationslagern und aus der „Dritten Welt“. Die moderne Medizin war in ihrer Erkenntnisweise von Anfang an mit der Geschichte der Armut, des Rassismus und der Todesstrafe verstrickt. Der Status des „Anderen“ bzw. „Fremden“, gepaart mit dem Urteil kultureller Unterlegenheit oder Vernunftunfähigkeit, ist Voraussetzung für die Distanzierung und Verdinglichung von Menschen als Forschungsobjekte.

Die Traditionen innerhalb der Medizinwissenschaft, ihren Gegenstand, den Patienten, nicht als ganzes, als Subjekt in seiner Umwelt und mit seiner individuellen Geschichte zu sehen, sondern ihn im übertragenen wie im wörtlichen Sinne zu zerlegen und zerteilen, hat die Medizin bis heute mit allen anderen Wissenschaften gemein: ein reduziertes, technizistisches Weltbild, das Menschen zur Ware macht.

Ein besonders umstrittenes Beispiel ist die Organverpflanzung. Der neuralgische Punkt ist dabei die Definition von Menschen in bestimmten Extremsituationen als „gehirntot“. Die Todesdefinition folgt dabei primär ökonomischen Überlegungen: Die Organe müssen frisch sein, um noch verwertbar zu sein. Doch ein solcher Mensch atmet, schwitzt, scheidet aus und wird weiter ernährt; er wird weiter gepflegt, soll aber juristisch „tot“ sein. Für viele Pflegekräfte und Ärzte ist das eine Zumutung und Belastung, an der sie fast zerbrechen. Die Organentnahmen geschehen nachts, was

Neue Kritik aus Schule und Hochschule

**Schriftenreihe des Kurt-Eisner-Vereins
für politische Bildung in Bayern e.V. (keV)**

Mit der Reihe *Neue Kritik aus Schule und Hochschule* bietet der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. eine Möglichkeit, Arbeiten zu veröffentlichen, die im Zusammenhang der Schul-, Studien- oder Berufsausbildung, in der Gewerkschaftsjugend oder einem selbstorganisierten Arbeitskreis entstanden sind. Die bearbeiteten Themen sollten allgemein interessante Probleme behandeln, die im weiten Sinn politische Relevanz besitzen. Mit der Veröffentlichung in dieser Reihe erhalten die Autorinnen und Autoren die Chance, ihre oft aufwändig recherchierten Positionen einem breiteren Kreis vorzulegen. Für die Leserinnen und Leser werden kritische Anstrengungen, die sich für emanzipative Ziele einsetzen, nutzbar gemacht. So verschwinden Arbeiten nicht einfach in der Schublade, sondern erfahren die Kritik und Würdigung von Interessierten, die im Ausbildungsbetrieb leider nicht immer selbstverständlich ist.

Bisher erschienen

Nr. 1, Juni 2001, JULE GILLES, *Der Ad-hoc-Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien – Das UN-Tribunal im Schatten der internationalen Intervention*

Nr. 2, September 2001, GABRIEL WETTERS, TOBIAS LOTTER, *Hakennuss und Zirkelkreuz Rechtsextremismus in Augsburg (1945 – 2000)*. Nach einer Facharbeit aus dem Fach Geschichte/Sozialkunde 1999 am Holbein-Gymnasium/Augsburg

Nr. 3, August 2002, ANNETTE BACK, *Hospizarbeit und Gender-Debatte*.

Demnächst:

Nr. 4, vorauss. Februar 2003, SABINE FASTNER, *Die Bedeutung des Internet für Subsahara Afrika*.

Die Länder des afrikanischen Kontinents – und besonders jene südlich der Sahara – scheinen von der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt nun schon seit Jahrzehnten vollkommen abgekoppelt, lediglich Südafrika nahm und nimmt hier eine Sonderstellung ein. Alle Bemühungen dieser Länder, durch verschiedene Strategien Anschluss an die Entwicklung der Weltwirtschaft zu finden, scheitern. Höchstens als Rohstofflieferanten scheinen die Länder Subsahara-Afrikas, zudem von Kriegen, Bürgerkriegen und stetigen Unruhen gezeichnet, noch zu taugen. Seit einigen Jahren verfolgt manches Land Subsahara Afrikas nun eine neue Entwicklungsstrategie, Industrialisierungsprozesse zu überspringen hoffend, setzt auf neue Medien, Internettechnologie, Vernetzung. „Ohne Umwege direkt in die Wissensgesellschaft“ lautet das Credo. Die Autorin nimmt eine empirische Bestandsaufnahme des Zustandes der Ökonomie afrikanischer Länder vor, stellt Strategien internationaler Organisationen und nationaler Regierungen für den Weg zur „Internet-Economy“ dar und diskutiert diese kritisch. Wenig positive Effekte scheinen sich zu zeigen. Alles deutet darauf hin, dass Subsahara Afrika auf einen neuen Irrweg, diesmal den des e-positivismus geführt wurde.

Die Redaktion der *Neuen Kritik* ist z.Zt. erreichbar über martin.fochler@freenet.de.

Bezug der Reihe über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, gnn-hh@hansenet.de

sich nicht schlüssig begründen lässt. Dann fliegen die Entnahmeteams ein, aus ganz Europa: Die einen brauchen das Herz, die anderen die Nieren oder die Bauchspeicheldrüse. Am Ende der Nacht liegt da ein ausgedehnter Körper, die Maschinen sind abgestellt, die Kanülen entfernt: Die Mediziner enteilen, die Leiche bleibt den Pflegekräften.

Soweit nur ein paar Hinweise, aus welchen Perspektiven und mit welchem Erkenntnisinteresse sich Wissenschaft kritisch betreiben lässt. Wer sich nicht die Frage stellt, welchen politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen die jeweilige Studienrichtung aktuell und historisch unterworfen ist, kann die gesellschaftliche Funktion einer wissenschaftlichen Disziplin nicht erkennen.

Der Beitrag war in der *Januar Ausgabe des „Titel“, Zeitung der PDS Bayern, abgedruckt.*

1 Horkheimer, Max: Traditionelle und Kritische Theorie, 1937
2 Grundagentexte und Infos auf <http://www.kritische-psychologie.de>

3 Vgl. Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M. 1977, S. 55. „Patient“ leitet sich vom lateinischen „pati“ ab und heißt übersetzt „leiden“, „ertragen“, „dulden“.

4 Meiners, Christoph: Kurze Geschichte, und Beschreibung der Stadt Göttingen und der umliegenden Gegend, Berlin 1801, S. 115.

5 Fischer, G.: Chirurgie vor 100 Jahren. Historische Studie über das 18. Jahrhundert aus dem Jahre 1876, ND: Berlin – Heidelberg – New York 1978.

Digital, analog

Aus, Ende, zappenduster

Eine technische Revolution bahnt sich zur Zeit im Großraum Berlin an: Bis zum Sommer 2003 soll dort das analoge, terrestrische Fernsehen abgeschaltet werden. An seine Stelle tritt eine neue digitale Übertragungstechnik.

Schwitzend lehnt sich der Kandidat in seinen Stuhl zurück. Ein kurzer Blick auf den Bildschirm zeigt ihm, dass ihn nur die Millionenfrage vom Hauptgewinn des Abends trennt. Im abgedunkelten Studio in Köln-Hürth grinst Günther Jauch sein Gegenüber gespannt an. Mit ihm warten ungefähr zehn Millionen Menschen vor den Fernsehgeräten auf die Antwort des

Mannes auf dem Stuhl. Gerade scheint er sich zu entscheiden, will auch die letzte Frage lösen – da wird plötzlich der heimische Bildschirm schwarz. Aus, Ende, zappenduster.

Was hier als Horrorszenario erscheint, könnte im Sommer 2003 für Zuschauer im Großraum Berlin traurige Wirklichkeit werden. Zu diesem Zeitpunkt soll nämlich in Berlin das analoge Fernsehen abgeschaltet und auf eine digitale Übertragung umgestellt werden. Vereinbart wurde dieses Großprojekt, das am 1. November gestartet wurde, zwischen den Sendern ARD, ORF, SFB, ZDF, ProSie-

benSat1.Media AG, RTL Television, sowie der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) und der Deutschen Telekom-Tochter T-Systems. Damit ist die Hauptstadtregion im nächsten Sommer das erste Sendegebiet Deutschlands mit der neuen Technologie „Digital Video Broadcasting – Terrestrial“ (DVB-T).

Hierzu hatte die Bundesregierung am 24. August 1998 auf Empfehlung der Initiative Digitaler Rundfunk (IDR) einen Zeitrahmen bis zum Jahr 2010 vorgegeben. Bis dahin solle ganz Deutschland – von der Waterkant bis zur Zugspitze – das digitale Fernsehen genießen dürfen. Im

QuickLink

GO!

DVB-T - Digital TV über Antenne

Willkommen im DVB-T-Bereich

DVB-T ermöglicht die Übertragung von 18 bis 24 Fernsehprogrammen über herkömmliche Hausantenn. Zu diesem "klassischen" Fernsehangebot kommen viele weitere Dienste, zum Beispiel Mediendienste wie multimediale CityGuides oder Business-Channels, die die Regionen mit wichtigen News versorgen. Aber auch der Zugang zu Internetseiten mit ihrer großen Informationsvielfalt ist möglich.

Einfach.Überall.Fernsehen

Mit DVB-T soll in Deutschland die Fernsehverbreitung über die terrestrische Antenne schließlich auf einen digitalen Standard umgestellt werden - bis spätestens 2010 muss die Umstellung komplett sein. Als Vorteile für den Konsumenten stehen die kostenfreie Nutzung zusätzlicher Programmangebote, lokaler und regionaler Inhalte (Ballungsraumfernsehen) und begleitende Datendienste im Vordergrund.

DVB-T in Deutschland

In welchen Bundesländern wird schon in DVB-T ausgestrahlt und starten die Dienste in Zukunft?

technische Parameter

Der DVB-T-Standard lässt die Einstellung einer Vielzahl von Betriebsparametern zu. Damit können die übertragene Datenrate, die Robustheit gegenüber Störungen und der Senderabstand in Gleichkanalnetzen optimiert werden.

Multimedia mit DVB-T

Multimediale Inhalte von Seiten aus dem World Wide Web bis hin zu Multimediakanälen können

News Suche:

Aus der Internetwerbung fürs Digitalfernsehen: Fernsehen im Auto, das wird bestimmt ein Beitrag zur Verkehrssicherheit

Raum Berlin wird der Umstieg in mehreren Stufen vollzogen: Erst werden bis Ende Februar nächsten Jahres die analogen Übertragungen der privaten Sender gekappt. Bis zum Sommer sollen die öffentlich-rechtlichen Anstalten wie das Erste, ORB, B1 und ZDF folgen.

Technisch gesehen geht es weniger um eine neue Art des Fernsehen, sondern eher einen neuen Übertragungsweg. Denn die Programme werden digital ausgestrahlt und vom analogen TV-Gerät empfangen. Daher benötigt der Zuschauer eine zusätzliche Empfangsbox, den so genannten Decoder, und dazu eine kleine Zimmerantenne. Der Trick bei der neuen Technologie: Bei dieser Methode passen auf einen analogen Kanal vier digitale Programme, die mit der separaten Set-Up-Box getrennt werden müssen. Somit entspricht dieser Decoder dem Modem beim Datentransfer via Internet. Nur dass hier die Signale des analogen Gerätes in digitale umgewandelt werden, umgekehrt wie beim Computer.

Was hat aber der Fernsehzuschauer vom neuen System? Die Verfechter von DVB-T werden nicht müde, zu behaupten, dass es ihnen vor allem um den Kunden gehe. Sicherlich spielen die bessere Bild- und Tonqualität eine große Rolle. Ebenso bietet das Spektrum von 24 Programmen dem Endnutzer eine größere Auswahl von Kanälen. Als relativ kostengünstig erweist sich auch der Decoder. Geht er doch für ab etwa 200 Euro über die Ladentheke. Abgesehen von der Empfangsbox braucht das Fernsehgerät offenbar nicht verändert zu werden. Außerdem sollen weitere monatliche Grundgebühren für den Kunden entfallen. Auch dass die neue Fernsehtechnologie einen mobilen Einsatz ermöglicht, kommt sicherlich den Verbrauchern zugute. So sollen tragbare TV-Geräte auf den Markt kommen. Laut Angaben von T-Systems können Kunden das digitale Fernsehen sogar begrenzt im Auto, in Bussen und Bahnen empfangen.

Doch es bleiben dem privaten Nutzer ein paar Wermutstropfen: Da die analogen Programme im Großraum Berlin im Sommer 2003 unweigerlich abgeschaltet werden, zwingt dies die Berliner Haushalte praktisch zu investieren. Dass sie keiner gefragt hat, ob sie überhaupt mit dieser neuen Technologie einverstanden sind, wiegt dabei doppelt schwer. Nachteil ist auch, dass die Empfangsbox nur für ein Fernsehgerät konzipiert ist. Will der Verbraucher mehrere Geräte in seiner Wohnung anschließen, braucht er dazu ebenso viele Decoder. Oder er legt sich für die komplette Wohnung eine so genannte Wohnungsverteiler-Anlage zu. Die kostet aber mit 500 Euro schon bedeutend mehr und ist auch mit einem hohen technischen Aufwand verbunden.

Mit dem Slogan „Mehr Programm, neue Dienste, Überall-Empfang“ wirbt die Medienanstalt Berlin-Brandenburg für die digitalen Programme. Wie sieht es aber damit aus? Ob eines Tages ein für

ganz Deutschland brauchbares Netz existiert, bleibt ungewiss. So meint Sascha Bakarinow von der Medienanstalt Berlin-Brandenburg: „Es bleibt die Frage, ob sich ein flächendeckendes Netz überhaupt lohnt.“ Das bedeutet, dass in jedem Fall weiße Flecken auf der Landkarte bleiben. Denn gedacht ist das digitale Fernsehen ohnehin eher für die Ballungsgebiete wie beispielsweise Berlin, Hamburg, München und das Ruhrgebiet.

Wenn diese neue Technologie gut läuft, machen vor allem die Sendeanstalten hierbei den großen Reibach. Denn dadurch, dass auf einen analogen Kanal mehrere digitale Programme passen, sparen die Sender viele Kosten. Das dürfte wohl auch die Motivation für die neue digitale Technik gewesen sein. Auch die Empfangsboxen bringen noch mal viel Geld. Außerdem kann niemand ausschließen, dass eines Tages keine Decoder mehr angeboten werden, so dass der Verbraucher sich dann gar ein digitales Fernsehgerät zulegen müsste. So wird der private Kunde zu einer unerschöpflichen Geldquelle.

Vehement beteuern die Initiatoren dieser neuen Technologie, sie werde im Augenblick zum großen Renner. „Die Haushalte springen darauf an. Die Geschäfte gehen gut“, versichert Sascha Bakarinow von der MABB. Was allerdings mit der Aussicht für Kunden, andernfalls im Dunkeln zu sitzen, nicht verwundert. Warum wird aber auf den Verbraucher dieser Zeitdruck ausgeübt? „Es gibt nun mal diesen Zeitplan. Ein Fixdatum fürs Abschalten des analogen Fernsehens ist unumgänglich“, versichert Hans Hege, Direktor der MABB.

Doch es gibt auch kritische Stimmen: Ob sich diese neue Technologie wirklich durchsetzen wird, steht offenbar noch in den Sternen. „Wir wissen nicht, ob sich die digitale Fernsehübertragung wirklich rechnet“, meint Stefan Kühler, Sprecher des Verbandes privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT). Er sieht dabei wirtschaftliche Probleme: „Ob es Akzeptanz am Markt gibt, bleibt noch ungewiss.“ Daher wartet er auf verlässliche Verkaufszahlen. Auch Bakarinow von der Medienanstalt Berlin-Brandenburg gibt zu bedenken, die Rechnung gehe nur auf, wenn sich zusätzliche Nutzer finden ließen. Daher seien wegen des mobilen Charakters des neuen Systems vor allem Interessenten für tragbare Fernsehgeräte als neue Zielgruppe gefragt. Der Sprecher des MABB befürchtet, fielen diese Kunden weg, würde die neue Technologie ihren Erwartungen nicht gerecht. Auf jeden Fall dient Berlin, so Kühler vom VPRT, als Testfall für ganz Deutschland. Wenn dieses Großprojekt gelingt, folgen um 2004 bis 2005 die anderen Bundesländer. Und bis 2010, so schätzen die Initiatoren, werde das digitale FernNetz in ganz Deutschland eingeführt sein. Ganz Deutschland? Nein, ein paar weiße Flecken bleiben zurück.

Joachim Eiding

Jugoslawien:

Bauxit, Kupfer, Chrom für Nazideutschlands Rüstung

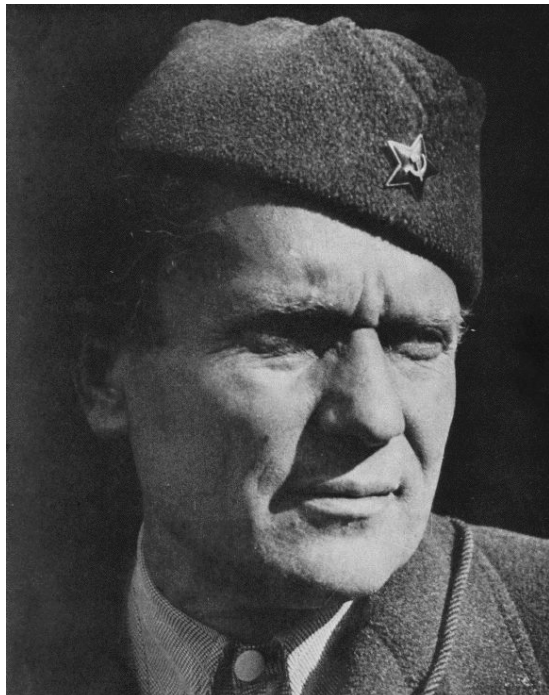
Buchbesprechung von Franz-Karl Hitzte

Unterstellen wir mal, Prof. Dr. Gerhard L. Weinberg (Prof. em., Univ. of North Carolina) hat Recht: „Es ist das große Verdienst dieser Studie, die komplizierten Ereignisse in ein neues, verständliches Licht zu stellen.“ So, im Geleitwort zum Buch von Klaus Schmider „Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941–1944“. Schmider (Jg. 1966), der seine Dissertation zu diesem Thema im April 2001 vorgelegt hat, ist heute Dozent für Militärgeschichte an der Royal Military Academy Sandhurst (Großbritannien). Selbstbewusst schlussfolgert er, mit seiner faktenreichen Darstellung des Krieges in Jugoslawien eine Forschungslücke zum Zweiten Weltkrieg geschlossen zu haben.

An zahlreichen Beispielen belegt der Autor die Intensität des Widerstandes, die Probleme der Koalitionskriegsführung der deutschen Wehrmacht und der italienischen Streitkräfte. (Unterbelichtet ist die Zusammenarbeit mit der ungarischen Horthy-Armee und den bulgarischen Mitstreitern).

Nicht neu, aber verständlich dargelegt sind seine Untersuchungsergebnisse was die Versuche Draže Mihailović und Josip Broz-Tito Kooperation bei Aktionen gegen die faschistischen Okkupanten in den beiden ersten Kriegsjahren betrifft. Mihailović begann seinen bewaffneten Widerstand mit 31 versprengten Offizieren und Unteroffizieren der königlichen jugoslawischen Armee. Die Mannschaftsstärke der Partisanen unter Titos Führung soll 1941 über tausend Mann betragen haben. Im Hintergrund dieser Einheiten hätten 8000 Kommunisten Serbiens gestanden, die von Zeit zu Zeit die Reihen des militärischen Arms von Titos Widerstandsbewegung ergänzten. Ende 1942 sollen 30000 Mann mit Tito vor allem in Bosnien gekämpft haben, Ende 1943 seien es fast 300000 gewesen. Jugoslawische Unterlagen halten fest, dass am Ende des Krieges in Jugoslawien 800000 Männer und Frauen in den Reihen der Volksbefreiungsarmee dienten. Dem aufmerksamen Leser wird auffallen, dass hinsichtlich der Darstellung des „Gebietes des NDH-Staates (gemeint ist der Nezavisna Drzava Hrvatska = Unabhängiger Staat Kroatien – F.-K. H.) als Hauptkriegsschauplatz“ bezeichnet wurde. Weiteren Analysenbedarf verlangt auch das „Scheitern der wirtschaftlichen Ausbeutung“ des Landes, zumal in diesem Abschnitt Getreide, Fleisch, Wolle und Leder völlig unterschlagen werden.

Zum ersten ist festzustellen, dass nach der Rechtsauffassung des Poglavnika der



Josip Broz-Tito, Partisanenführer und später bis zu seinem Tod Staatspräsident von Jugoslawien

40er Jahre Bosnien und Herzegowina und große Teile Ostslawoniens zum Staatsgebiet Kroatiens gehörten (erst Tito gewährte Bosnien-Herzegowina den Status einer Volksrepublik). Zum anderen ist es richtig, wenn vom Scheitern der wirtschaftlichen Ausbeutung – vor allem der Ausbeutung der natürlichen Rohstoffreserven, der reichlichen Rohstoffvorkommen Jugoslawiens die Rede ist. Um es vorweg zu nehmen, die immer stärker werdende Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens verhinderte weitestgehend das Betreiben von Gruben im Erzbergbau und durch den Schienenkrieg in den Bergen Bosniens und Mazedoniens den geplanten Raubbau durch die deutschen und italienischen Armeen. Der Mangel an Waggons, Lokomotiven und Kohle, später auch Luftangriffe der Alliierten taten ihr übriges. Nazideutschland begnügte sich nicht mit den französischen, skandinavischen und neutralen und anderen besetzten Ländern. Auch aus Rumänien wurde Erdöl (Ploesti), Mangan aus dem ukrainischen Nikopol oder Nickel aus den finnischen Petsamo „eingekauft“.

Der Abschnitt über die Ziele und Folgen der wirtschaftlichen Ausbeutung Jugoslawiens bietet zwar keine umfassende und detaillierte Statistik über alle Rohstoffvorkommen und den deutschen Raubbau. Die Studie beschränkt sich auf die vier wichtigsten: Bauxit, Eisen, Kupfer und Chrom.

Bauxit als Grundstoff für die Aluminiumherstellung war vor allem in der Herzegowina (Gegend um Mostar) und in Dalmatien (bei Sinj) zu finden. Obwohl deutsche Wehrwirtschaftsoffiziere 1942 Lie-

fermöglichkeiten von 500.000 Tonnen für „das Reich“ prognostizierten, wurden gerade mal 200.000 Tonnen abtransportiert. Ursache für die geringere als die geplante Menge waren in erster Linie die ungenügenden Transportmöglichkeiten sowohl per Bahn als auch per Schiff. Im Jahr danach, 1943, waren es nur noch 141.000 Tonnen, die noch meist bei den Gruben auf Halde lagen. Obwohl der „Führerbefehl“ vom 14.1.93 eine Mindestausfuhr von 16.000 Tonnen vorschrieb, waren es bis Ende August 1955 lediglich „knapp 5000 Tonnen“.

Auch die Erzvorkommen Kroatiens waren für die deutsche Wirtschaftsführung von allergrößtem Interesse. Hier war das im westbosnischen Ljubija geförderte Siderit und Limonit – phosphorarme Erze für die Stahlerzeugung in der Rüstungsindustrie – besonders wichtig. 1941 konnten noch 25.000 bis 30.000 Tonnen pro Monat in die Hochöfen in Italien, Ungarn, Rumänien, Österreich sowie Böhmen-Mähren abtransportiert werden.

Die Kupfermine von Bor (Nordostserbien) ermöglichte beispielsweise 1939 ein Fördervolumen von einer Million Tonnen Kupfererz. Das waren zwei Prozent der Weltproduktion. Im April 1942 deckte Bor für ein Jahr 20–22% des deutschen Kupferbedarfs. Ende 1943 betrug die monatliche Förderquote nur noch 50.000 Tonnen. Die „reiche aber aus, um die Bedürfnisse der deutschen Kriegswirtschaft zu befriedigen“, zitiert Schmider einen Fachmann.

Von allen kriegswichtigen Bodenschätzen kam für Deutschland Chrom die größte Bedeutung zu. Chrom als Hauptträger aller Legierungsstähle wurde für 90% aller legierten Stähle gebraucht. Unter anderem für Magnet- und Kugellagerstähle, für die Panzerfertigung, Panzermunition, Flugzeugmotoren, wichtige U-Boot-Teile wie Periskope und Torpedos. 1943 haben die mazedonischen Gruben mit jährlich annähernd 120.000 Tonnen gefördertem Erz fast zwei Drittel der deutschen Chromeinfuhr gesichert. Der Rest kam überwiegend aus der Türkei und Griechenland.

Eine exakte, auf alle Besatzungsjahre bezogene Lieferstatistik für Erze liegt leider nicht vor.

Schmiders Buch ist eine wertvolle Ergänzung historischer Forschungsergebnisse, wenn auch noch lückenhaft. Wie kann es anders sein. Trotzdem legt der Verfasser Wert auf die Feststellung, dass seine Arbeit eine Gesamtdarstellung der politischen und militärischen Lage ist, wie sie bisher noch nicht geschrieben wurde. Auf alle Fälle ein bedeutsamer Beitrag zur Erforschung von Ursachen und Folgen des Untergangs des Dritten Reiches.

Organigramme, Lagekarten, Dienststellenverzeichnisse der deutschen Wehrmacht, der SS und der italienischen Streitkräfte, Einsatzstärken, Personalverluste und Kurzbiografien sind in acht Anlagen aufgeführt. Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis gehört ebenso wie ein Namensregister zum Anhang.

Klaus Schmider, Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941–1944, Verlag E.S. Mittler & Sohn, Hamburg 2002, 630 Seiten, geb. 16x24 cm, Hardcover, 46 Abb., 8 Anlagen, Preis 39,90 Euro, ISBN 3-8132-0794-3



Das faschistische Europa im Jahr 1942, die Ziffern geben die Anzahl deutscher Divisionen im jeweiligen Besatzungsgebiet (bzw. italienischer im Falle Albaniens) an.

2. Februar 2003: Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen

2. Februar, Fulda: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

7.-9. Februar 2003, München: NATO-„Wehrkundetagung“ und Protestaktionen

15. Februar, Berlin: Bundesweite Großkundgebung der Friedensbewegung gegen den drohenden Irak-Krieg

21. / 22. Februar, Frankfurt: Flächentarifvertrag - Verbetriebligung & Vermarktlichung. Freitag 17.00-21.00 Uhr, Samstag 9.00-16.00 Uhr. Konferenz von WISSENTTransfer in Zusammenarbeit mit dem Funktionsbereich Tarifpolitik der IG Metall. Es geht um eine der möglicherweise entscheidenden Weichenstellungen auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst 2003. Themen und ReferentInnen (angefragt): Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik gestern und heute (O. Negt, J. Bergmann); Differenzierung und Zweistufigkeit des Flächentarifvertrages (J. Peters); Tarifsyste-me in Europa (T. Schulten); Podiumsdiskussion über ökonomische, arbeitspolitische, arbeitsrechtliche und gewerkschaftsstrategische Aspekte: K.G. Zinn (RWTH Aachen), D. Sauer (ISF-München), U. Zachert (HWP-HH), R. Bispinck (WSI) und H. Wagner (IGM-Vorstandsverwaltung). Infos/Anmeldung: WISSENTTransfer (Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik), c/o Richard Detje, Lange Koppel 120, 22926 Ahrensburg, Tel. 0172/4347575, buero@wissenstransfer.info, www.wissenttransfer.info www.WISSENTTransfer.info Büro WISSENTTransfer

2. März 2003: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

22./23. März, Prag: Internationale Konferenz: „Wir alle brauchen eine dauerhafte und sichere Friedensordnung in Europa“. Veranstalterin: Tschechische Friedensgesellschaft. Näheres in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten. Anmeldung über eMail: czechpeace@volny.cz

28.-30. März, Frankfurt: IPPNW-Mitgliederversammlung, Frankfurter Bürgertreff Gutleut. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166. E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: http://www.ippnw.de

26./27. April, Fulda: Jahresversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

25. Mai, Bremen: Bürgerschaftswahlen

1.-3. Juni 2003, Evian: G7/G8 Gipfel in Evian, Frankreich

7.-10. August, Sondershausen: Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung

21. September, Bayern: Landtagswahlen

Herbst 2003, Brandenburg: Kommunalwahlen

Juni 2004: Europawahlen

Aufruf zu Protesten gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München am 7./8. Februar 2003.

SEATTLE+PRAG+NIZZA+GÖTEBURG
GENUA+MÜNCHEN+BARCELONA+SEVILLA
PRAG+DAVOS+MÜNCHEN



→ www.no-nato.de

Stoppt den globalen Krieg der NATO-Staaten!

- Protest gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München
- Internationale Solidarität gegen weltweite Ausbeutung und Unterdrückung
- No justice - No peace!

Wir rufen auf: Zur internationalen Großdemonstration gegen die Nato-Sicherheitskonferenz am 8. Februar 2003 in München:

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Wir kritisieren aus unterschiedlichen Positionen weltweite Ungerechtigkeit und staatliche Gewaltpolitik. Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind Teil der weltweiten Widerstandsbewegung, die sich seit Seattle über Genua, Porto Alegre und Barcelona entwickelt hat, und wir lassen uns nicht

auseinander dividieren. Wir erklären den Kriegsstrategen: Ihr seid hier und anderswo unerwünscht. Wir rufen auf zum Protest gegen die NATO-Kriegskonferenz. Unsere Proteste werden stattfinden: gemeinsam, entschlossen und kreativ. Wir lassen uns das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nehmen oder durch Verbote einschränken. Kommt nach München!

Stoppt den globalen Krieg der NATO-Staaten - Nein zum Krieg gegen den Irak. Eine andere Welt ist möglich!

Demonstrationsbündnis: ■ Bündnis gegen die NATO Sicherheitskonferenz ■ attac ■ Münchner Friedensbündnis

Freitag, 7. Februar 03

Kundgebung gegen den städtischen Empfang für die NATO-Kriegsstrategen, 17 Uhr, Marienplatz, München

Samstag, 8. Februar 03

Internationale Großdemonstration, 12 Uhr, Marienplatz, München

Die Demonstrationen kosten Geld. Bitte spendet für unsere gemeinsamen Aktivitäten. Spendenkonto: Claus Schmeer, Postbank München, Konto 1/016-801, BLZ 700 100 00
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schmeer, Lohsen von Werth Str. 3, D 80639 München ■ Eigenruck im Selbstverlag ■ Gestaltung: VISUAL_RESISTANCE_MÜNCHEN

Aktuelle Informationen unter: www.no-nato.de